

rundschreiben
01/19



medico international

Nichts ist vorüber

Rojava: Hilferuf nach Sieg über IS | Brasilien: Ende
der Lähmung | Pakistan: Eigensinn der Armut | Libanon:
Syrische Tragödie | medico: Generationswechsel

Titelbild:

Zehntausende Menschen sind aus den letzten vom IS kontrollierten Gebieten geflohen. medico-Partner versorgen sie unter prekären Bedingungen.

Foto: Rodi Said/REUTERS

Fotos der Autorinnen und Autoren:

Holger Biermann, Mark Mülhhaus/attenzione, medico,

Holger Priedemuth

Impressum

Herausgeber:

medico international

Lindleystr. 15

D-60314 Frankfurt am Main

Tel. (069) 944 38-0, Fax (069) 436002

E-Mail: info@medico.de

Homepage: www.medico.de

Redaktion: Katja Maurer (verantwortl.),
Thomas Gebauer, Moritz Krawinkel, Ramona Lenz,
Christian Sälzer

Korrektorat: Marek Art

Gestaltung und Satz: Andrea Schuldt

Hinweis: Das medico-rundschreiben ist auf
100 % Recyclingpapier gedruckt.

ISSN 0949-0876

AUF EINEN BLICK – MEDICO-RUNDSCHREIBEN 01/19

- 4 Editorial
- 6 **Utopie des Helfens**
Kommentar zu Solidarität als Voraussetzung für Demokratie
- 10 **Mehr europäische Vernetzung**
Interview mit dem neuen medico-Geschäftsführer Christian Weis
- 13 **Das Attac-Urteil tangiert uns alle**
Kommentar zu Gemeinnützigkeit und kritischer Zivilgesellschaft
- DIE SYRISCHE TRAGÖDIE NIMMT KEIN ENDE**
- 14 **Parallelwelten**
Im Libanon stecken Geflüchtete aus Syrien ohne Perspektive fest
- 20 **Ein Hilferuf aus Rojava**
Nach dem IS – Nordsyrien bleibt mit den Herausforderungen allein
- VON PAKISTAN BIS SIMBABWE**
- 24 **Eigensinnige Armut**
medico-Reihe „Von den Enden der Welt“: Pakistanische Krisen
- 28 **Negative Vielfalt**
In und um Gaza wachsen die Konfliktfelder
- 30 **Empathie statt Identifikation**
Kommentar zur Antisemitismusdebatte und Sprechpositionen
- 32 **Projekte/Projektionen**
Mali, Afghanistan, Ägypten
- 34 **Radikal und basisnah**
Generalversammlung des PHM zu globaler Gesundheit in Bangladesch
- 36 **Arbeitskampf der Prekären**
Historischer Gipfel der Gesundheitsarbeiterinnen in Südafrika
- 40 **Land unter**
Simbabwe nach dem Wirbelsturm
- RECHTSRUCK IN LATEINAMERIKA**
- 42 **Keine Zeit für Pessimismus**
Gegen Bolsonaro: Die Zivilgesellschaft überwindet die Schockstarre
- 47 **Ein sanfter Putsch**
Rückschlag im Kampf gegen die Straflosigkeit in Guatemala
- 50 **medico aktiv**
Sahel-Zone, Venezuela, Globale Gesundheit
- 52 Materialliste
- 54 Service und Kontakt

Der Generationswechsel bei medico betrifft nicht nur die Personen. Es tritt mit ihm eine politische Sozialisation in den Hintergrund, die noch stark von 68 geprägt ist.

Liebe Leserinnen und Leser,

dieses Editorial beschäftigt sich vorwiegend mit der Innensicht auf medico. Der Anlass liegt auf der Hand: Der Generationswechsel geht weiter. Seit Januar 2019 gibt es einen neuen Geschäftsführer: Christian Weis, der sich Ihnen in einem Interview vorstellt und sich in einem kurzen Kommentar mit der gerichtlichen Entscheidung auseinandersetzt, attac die Gemeinnützigkeit zu entziehen. Der bisherige Geschäftsführer Thomas Gebauer, der die Entwicklung von medico in den vergangenen zwei Jahrzehnten maßgeblich geprägt hat, ist als ihr Sprecher in die Stiftung gewechselt. Seine Kommentare im Rundschreiben, die sich großer Beliebtheit erfreuen, können Sie auch in Zukunft weiter lesen.

Das Personelle ist aber nur die eine Seite dieses Generationswechsels. Mit dem langsamen Ausscheiden der Post-68er-Generation tritt auch eine linke politische Sozialisation in den Hintergrund, die noch stark von 68 und seinen radikalen emanzipatorischen Ansprüchen, den Revolutionsprojektionen in die Befreiungsbewegungen im Süden und dem Ost-West-Konflikt geprägt ist. Geprägt aber auch von der Erfahrung, dass all diese Parameter, in denen linke Politik und auch Entwicklungspolitik gedacht wurden, in den letzten fast 30 Jahren zusammengebrochen sind. Die Idee einer linken politischen Hilfsorganisation zu bewahren und gleichzeitig nicht in einer besserwisserischen linken Nische zu verharren, die jede politische Wirksamkeit aufgegeben hat, war die Herausforderung der letzten 30 Jahre und der Generation, die nun leiser tritt. Auf der

Weihnachtsfeier von medico, die natürlich auch den Leitungswechsel würdigte, karikierten medico-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einem Sketch diesen teils wilden Ritt durch die politische Landschaft: Sie zeigten eine medico-Mitarbeiterschaft, die hechelnd versucht, den wechselnden Ideen des Geschäftsführers Folge zu leisten. Keine ganze Wahrheit, aber Körnchen davon stecken in der Geschichte schon.



Katja Maurer war bis vor einem Jahr Abteilungsleiterin der Öffentlichkeitsarbeit. Sie ist Chefredakteurin des medico-Rundschreibens.

Dem Generationswechsel vorausgegangen ist ein langer Prozess interner Beratungen mit allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern über eine künftige Organisationsstruktur, ein verändertes Leitungsverständnis, eine andere Verankerung kollektiver Prozesse zur Entwicklung von Politik und Projekten der Organisation. Ein solcher Prozess ist immer anstrengend und kann selten die Erwartung der Einzelnen erfüllen. Er hat aber nicht nur die große Verbundenheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit den im Laufe der letzten Jahre entwickelten politischen Ideen und Praktiken von medico deutlich gemacht. In ihm hat sich auch eine Diskussionskultur entwickelt, die dem Wunsch nach „solidarischen Beziehungsweisen“ (Bini Adamczak) auch in der eigenen täglichen organisatorisch-politischen Praxis Rechnung trägt. Dass für eine solche Beziehungsutopie viele Hürden zu nehmen sind und sie ein hohes Maß an Selbstreflexion einer jeden und eines jeden verlangt, ist klar. Das macht die Idee aber nicht weniger legitim.

Soweit die Internas, die ausnahmsweise an den Anfang des Heftes gestellt sind. Redaktionell versuchen wir in diesem Heft mit kleinen gestalterischen Veränderungen die Lesbarkeit zu verbessern. Auch deshalb, weil uns manche Bitten in dieser Hinsicht erreichten. Aber natürlich steckt auch der Wunsch dahinter, Ihnen die Themen und Texte dieses Heftes nahezulegen. Aus irgendeinem Grund muss ich dabei an die Supermärkte denken, die regelmäßig ihr Sortiment neu aufstellen, um die Aufmerksamkeit der Kundinnen und Kunden neu zu wecken (Ich mag das gar nicht!). Bei medico geht es aber nicht um Verkaufszahlen, sondern um eine Sicht auf die Welt, die medico – egal in welcher Generation – einzigartig macht. Lesen Sie zum Beispiel den Reisebericht von Till Küster aus dem Libanon, in dem sich die großen politischen Themen in der Erfahrung unserer Partnerinnen und Partner spiegeln. Till Küster nimmt eben nicht die geostrategische Vogelperspektive auf die regionalen Ereignisse an, wie sie allzu viele Diskussionen über den Syrienkonflikt prägen, und darum am Kern häufig vorbei gehen. Diese Haltung finden Sie in vielen anderen Texten dieses Heftes, das hoffentlich Ihre Aufmerksamkeit findet.

Herzlichst Ihre

Utopie des Heil- fens



Warum Solidarität eine Voraussetzung für Demokratie ist

Von Thomas Gebauer

Menschen in Not zur Seite zu stehen, ist ein moralischer Grundsatz; Hilfsbereitschaft Ausdruck funktionierender Gesellschaftlichkeit. Nicht mit Ausgrenzung, sondern mit Ausgleich reagieren demokratisch verfasste Gesellschaften auf Bedürftigkeit. Doch die Weise, wie wir einander zur Seite stehen, kann höchst verschieden sein. Es macht einen Unterschied, ob wir bei Krankheit oder Arbeitslosigkeit von der Barmherzigkeit anderer abhängig sind oder ob wir uns auf soziale Sicherungssysteme verlassen können; ob wir um milde Gaben bitten müssen, die uns in Abhängigkeit halten, oder ob wir einen Rechtsanspruch auf Schutz und Unterstützung genießen, der Grundlage einer selbstbestimmten Existenz und damit von Freiheit ist.

Von einem gesicherten Zugang zu öffentlicher Daseinsvorsorge kann eine bedrückend große Mehrheit der Weltbevölkerung heute nur träumen. Überall, vor allem aber im globalen Süden, sind Menschen davon abhängig, dass ihnen Wohlhabende etwas abgeben. Dabei gilt das barmherzige Engagement für Kranke und Arme oft als Inbegriff von Solidarität. Schauen wir genauer hin, zeigt sich mitunter ein anderes Motiv. Im Helfen kann auch Eigennütziges stecken. Vor allem, wenn die gute Tat zur Legitimation für eine Lebensweise verkommt, die man selbst auf Kosten anderer führt. Mit einer beiläufig beim Shopping geleisteten Spende wird das Gefälle, das zwischen Helfenden und Hilfebedürftigen besteht, nicht abgeschafft,

sondern verstetigt. Zum bloßen Event verkommt Solidarität auf so mancher Wohltätigkeits-Gala, wenn diejenigen, für die gesammelt wird, nur den Anlass für einen unterhaltsamen Abend abgeben. Man spendet, um sich selbst zu gefallen; ob für hungernde Kinder im fernen Afrika oder für ein Krankenhaus nebenan ist zweitrangig.

Hilfe, die Not und Unmündigkeit nachhaltig überwinden will, muss auf gesellschaftliche Verhältnisse drängen, in denen niemand mehr von wohltätigen Aktionen abhängig ist. Solidarisch verfasste Gesellschaften aber entstehen nicht von selbst. Ohne ein Aufbegehren gegen Unfreiheit und Unrechtsverhältnisse, ohne gemeinschaftliches Handeln kommen sie nicht zustande. Solidarität steht somit nicht nur für das Versprechen einer anderen Welt, sondern bietet auch denen Halt und Schutz, die für sie streiten. Sie ist Ziel und Weg zugleich.

Aber nicht jedes gemeinschaftliche Drängen ist auch dem Gemeinwohl verpflichtet. Der Eigennutz kann sich auch Mitstreiter suchen, um eigene Interessen wirkungsvoller durchsetzen zu können. Mit einer „Allianz der Willigen“ wurde im Irak Krieg geführt; in Solidarität streiten Automobilhersteller für lasche Umweltgesetze, sichern sich Großbauern üppige Agrarsubventionen und lehnen rechtspopulistische Bewegungen alles Fremde ab. Solche Formen von Solidarität, die das Eigene gegen das Andere verteidigen, zielen nicht auf eine

für alle geltende Menschenwürde. Sie werden getragen von Konkurrenz und leben von der Ausgrenzung anderer.

Der Protest der Gelbwesten in Frankreich entzündete sich zwar am Plan der Regierung, fossile Brennstoffe höher zu besteuern, hat sich aber schnell zu einer politischen Bewegung ausgeweitet. Die Empörung schlug um in ein allgemeines Aufbegehren nicht nur gegen die flagrante Austeritätspolitik, sondern auch für

Solidarität steht nicht nur für das Versprechen einer anderen Welt. Sie bietet auch denen Halt und Schutz, die für sie streiten.

eine andere, eine solidarische Gesellschaft. Die Politisierung der Gelbwesten brachte aber auch die Ambivalenz des Protests zutage. Während die Bereitschaft zu einer radikalen Kritik an den Verhältnissen wuchs, versuchten (Rechts-)Populisten den Protest zu einer Frage „nationaler Solidarität“ umzudeuten. Daraus lässt sich eines lernen: Die Gefahr, dass sich das Aufbegehren in andere ausgrenzende Parolen verliert, wird in dem Maße kleiner, wie es sich von partikularen Interessen löst.

Der Kampf um Befreiung bleibt solange offen, wie er gegen andere geführt wird und sich Solidarität nicht am Gemeinwohl ausrichtet. Ein bloßer Machtwechsel schafft noch keine andere Welt. Dazu muss sich sehr viel mehr ändern: unser Verhältnis zur Natur, die Produktionsweise, die Beziehungen zwischen den Geschlechtern, die Aufteilung gesellschaftlich notwendiger Arbeit, die Konsumgewohnheiten und nicht zuletzt unser Verständnis von Hilfe und Solidarität.

Für einen neuen Begriff von Hilfe und Solidarität bieten die Ideen der Französischen Revolution noch immer Orientierung. Zu deren Forderungen zählte neben Freiheit und Gleichheit auch die Fraternité, die Brüderlichkeit. Vielleicht weil wir uns mit der Übersetzung so schwer tun, wird die Bedeutung der Fraternité nicht immer gesehen. In ihrem Kern aber geht es um eine Solidarität, die weit über das bloße Gefühl innerer Verbundenheit und den moralischen Appell, mit andern zu teilen, hinausgeht. Gerade im Spannungsfeld mit Freiheit und Gleichheit wird deutlich, dass Solidarität eine eigene Dimension ist, die sich nicht in den beiden anderen auflösen lässt.

In seinem Ursprung verweist das Wort Solidarität auf eine von allen gemeinsam zu tragende „Schuld“ gegenüber der Gesamtheit aller Menschen. Hierbei hat jede und jeder Einzelne jeweils für das Ganze der Schuld einzustehen, dafür, dass sich Gesellschaftlichkeit am Gemeinwohl ausrichtet. Ausdruck von Solidarität sind folglich nicht alleine Rechtsansprüche, aus denen sich ein individueller Nutzen ziehen lässt, sondern gerade auch die Verpflichtung dafür zu sorgen, dass solche Rechtsansprüche überhaupt erst möglich werden. Und zwar unabhängig davon, ob man selbst davon profitiert. Solidarität verträgt sich nicht mit einer geschäftsmäßigen Erwartung von Gegenleistungen.

Ihre Grundlage ist vielmehr eine prinzipielle Wechselseitigkeit, wie sie beispielweise in solidarisch finanzierten Sozialversicherungen – wenigstens von ihrer Idee her – angelegt ist. In solchen Solidargemeinschaften leisten alle Mitglieder nach ihrem individuellen Vermögen gestaffelte Beiträge, erhalten aber alle die gleichen Leistungen, gemessen allein am Bedarf. Jeder haftet für jeden, selbst Mittellose, die keinen Cent aufbringen können, werden versorgt. Nicht das Geben und auch nicht das

Teilen, von dem heute so oft die Rede ist, begründen Solidargemeinschaften, sondern das Prinzip gegenseitiger Verantwortung. Verschieden sich manche aus der Verpflichtung gegenüber den anderen, etwa indem sie sich privat versichern, bleibt die Verantwortung für das Ganze bei den verbliebenen Mitgliedern.

Das klingt reichlich abstrakt, und tatsächlich haben solche institutionalisierte Formen von Solidarität wenig gemein mit dem Bedürfnis nach unmittelbar erfahrbarer Solidarität, wie sie beispielsweise heutige Spendenplattformen suggerieren. Sie bieten aber genau jenen Schutz, der nicht erst verdient werden muss, der allen zuteil wird, unabhängig davon, ob man die Aufmerksamkeit anderer zu erreichen und sich als hilfsbedürftig zu präsentieren vermag. Es ist auch die Anonymität sozialer Sicherungssysteme, die Freiheit sichert.

Im Zuge der marktradikalen Umgestaltung der Welt ist die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit in eine Schiefelage geraten. Immer weniger sind es heute öffentliche Institutionen, die Schutz und Daseinsvorsorge bieten. Jeder und jede sei für sich selbst verantwortlich, so das neoliberale Credo, das vielen nicht ein Mehr an Freiheit, sondern nur eine Art Vogelfreiheit brachte. Die neoliberale Überhöhung von Eigenverantwortung hat sich als ein fatales Irrweg erwiesen. Auch die zuletzt zur Stärkung individueller Resilienz propagierten Selbstoptimierungsprogramme werden scheitern. Die Einzelnen, wie stark sie auch immer sind, werden sich alleine nicht vor den Folgen der voranschreitenden sozialökologischen Zerstörung schützen können.

Und so verwundert es nicht, dass zuletzt die Sehnsucht nach Solidarität wieder gewachsen ist. Umso wichtiger ist die Verständigung auf einen kritischen Begriff von Solidarität. Einen, der Solidarität nicht als Spleen von ein paar

„Gutmenschen“ abtut, sondern in Solidarität die Voraussetzung für Demokratie sieht. Die Krise der Demokratie, die wir seit geraumer Zeit erleben, ist auch dem Mangel an Solidarität geschuldet. Wo die Einsicht in die Bedeutung gegenseitiger Verantwortung abhandenkommt, kann sich auch keine demokratische [Sozial-]Gesetzgebung entwickeln und können auch nicht die Institutionen entstehen, die der Freiheit erst die materielle Basis geben.

Und so ist die Krise der Demokratie vor allem eine Krise der herrschenden Politik. Sie zu lösen erfordert mehr, als sich gegen die Bedrohungen von rechts zur Wehr zu setzen. Notwendig ist das Wiedererlangen von Solidarität als Gesellschaftsform.



Nach 23 Jahren als Geschäftsführer von medico international konzentriert sich Thomas Gebauer seit Anfang 2019 auf seine Tätigkeit an der Spitze der medico-Stiftung. Für das Rundschreiben wird er natürlich weiterhin Kolumnen schreiben.

Mehr europäische Vernetzung

Ein Gespräch mit Christian Weis, dem neuen Geschäftsführer von medico international, über seinen politischen und beruflichen Werdegang



Foto: Holger Friedemuth

Vom Leiter des IG-Metall-Ressorts Globalisierungspolitik zum Geschäftsführer von medico international: Christian Weis.

Gleich nach dem Abitur bist du nach Ghana gegangen. Wie hast du diese Zeit in Erinnerung?

Das war für mich eine sehr wichtige Erfahrung. Meine Stelle wurde von einer ghanaischen und einer deutschen Organisation betreut und erlaubte mir, an verschiedenen Arbeitseinsätzen teilzunehmen. Das war eine sehr körperliche Erfahrung, zum Beispiel in großer Hitze und hoher Luftfeuchtigkeit ein Fundament für eine Schule auszuheben. Diese praktische Arbeit gemeinsam mit den Menschen vor Ort schuf eine andere Nähe und machte eine Kommunikation möglich, die mir neue Welten eröffnete.

Als du zurückkehrtest, begannst du eine Lehre als Kupferschmied. Ungewöhnlich für einen bayerischen Abiturienten, der aus einer Arztfamilie kommt.

Nach meiner Erfahrung in Ghana wollte ich unbedingt etwas Praktisches, Anwendungsorientiertes machen. Ich stellte mir mit Anfang 20 eine Perspektive in der Entwicklungshilfe vor. Kupferschmiede sind vor allen Dingen im Anlagen- und Rohrleitungsbau tätig. Man baut große Behälter, die die Industrie braucht, um zu rühren und zu erhitzen. Nach der Ausbildung habe ich noch ein paar Monate gearbeitet, mich aber letztlich entschieden Geographie in Bochum zu studieren. Meine Berufsschule in Hamburg lag gegenüber vom Geomathikum. In der Kantine lernte ich viele Geographinnen und Geographen kennen und verstand, dass das Studium mit der Schulgeographie nichts zu tun hat. Dass man in der Geographie regionale Studien machen kann und es viel mit Entwicklungspolitik zu tun hat, knüpfte sehr gut an meine Erfahrung aus Ghana an.

Was hat dich politisch geprägt?

Aufgewachsen in einer CSU-dominierten bayerischen Kleinstadt in den 1980er Jahren ging es für mich seit meiner Jugend um Fragen der Gerechtigkeit und der politischen Alternative. So habe ich die Kämpfe um die Wiederaufberei-

tungsanlage in Wackersdorf Mitte der 1980er Jahre vor allem als staatliche Gewalt gegen Demonstranten erlebt. Später verstand ich, dass viele Errungenschaften durch harte soziale Kämpfe zustande gekommen sind, diese Errungenschaften zu halten und auszubauen, aber die eigentliche Herausforderung ist.

Deine Diplomarbeit in Bochum beschäftigt sich mit Straßentransport im südlichen Afrika.

Ein sehr geographisches Thema, das unpolitisch klingt, aber politischen Sprengstoff birgt. Das Kolonialsystem ließ sich anhand des Straßentransports gut beschreiben, ebenso wie die Interessen der Europäischen Union. Die von der EU finanzierten Transportkorridore waren erstaunlich stark auf deren Rohstoffbedarf ausgerichtet. Das war für mich ein Aha-Erlebnis. Denn eigentlich hatte ich die Idee, die EU als Vorbild zwischenstaatlicher Kooperation für eine Integration des südlichen Afrikas zu untersuchen. Die Förderpolitik der EU war aber ganz auf ihre eigenen Interessen ausgerichtet statt auf die Integration der Region.

Du hast in England eine Doktorarbeit über postsozialistische Transformationsprozess in Polen verfasst. Wenn Du heute auf die antidemokratischen Tendenzen in Mitteleuropa blickst, bietet deine Doktorarbeit dafür Erklärungsansätze?

Der Westen ist nach dem Ende der Sowjetunion mit einem simplen Programm angetreten. Das lautet: Wir erklären euch, was Demokratie und Wirtschaft ist, und ihr übernehmt das. Das hat überhaupt nicht funktioniert. Die schmerzhafteste Transformationsphase in ganz Mitteleuropa erklärt aber sehr viel über die politischen Unterschiede zwischen dieser Region und Westeuropa. Es herrscht aber leider nach wie vor eine große Ignoranz gegenüber dieser Erfahrung.

Gibt es Parallelen zu entwicklungspolitischen Themen?

Ja, natürlich. Wir stülpen auch in der Entwicklungspolitik mit großer Ignoranz Konzepte über, ohne sich dafür zu interessieren, welche räumlich-historischen Gegebenheiten vor Ort vorhanden sind und warum Entwicklung dort etwas Anderes bedeutet als bei uns. In Mitteleuropa konnte man in historisch einmaliger Weise studieren, wie die kapitalistische Landnahme funktioniert. Das war überraschend und im Gegensatz zu dem umgekehrten Prozess theoretisch unterbelichtet.

Mich begeistert bei medico die Debattenkultur und der kritische Blick auf die Entwicklungen in der Welt.

Nach dem Abschluss deiner Doktorarbeit bist du zur Gewerkschaft gegangen. Warum?

Ich arbeitete bereits während meines Studiums in Bochum freiberuflich für die Gewerkschaften als Berater für Betriebe in Umstrukturierungsprozessen. Dieser Kontakt ist nie eingeschlafen und daraus entstand die Idee, eine ähnliche Tätigkeit in Kooperation mit französischen Gewerkschaften durchzuführen.

Du warst danach in Brüssel und hast die letzten Jahre in Frankfurt als Leiter des Ressorts Globalisierungspolitik beim Vorstand der IG Metall gearbeitet. Mir scheint, dass es den Gewerkschaften schwerfällt, den nationalen Rahmen zu verlassen, oder?

Das ist auch meine Wahrnehmung. Es muss immer wieder erklärt werden, warum das nötig ist. Und das Thema folgt auch wechselnden Konjunkturen. Während ich bei der IG Metall war, ist dieser Bereich immer wichtiger und

größer geworden. Die Projekte wurden auch immer anspruchsvoller. Da hat es eine deutliche Veränderung in Richtung Professionalisierung und einem stärkeren strategischen Umgang mit dem Thema als vor 20 Jahren gegeben. Wenn früher ein deutscher Betrieb etwa nach Ungarn expandierte und die Belegschaft nach Gewerkschaftskontakten vor Ort fragte, haben wir uns erkundigt und wenn es keine Gewerkschaft in dem Betrieb gab, das einfach hingenommen. Heute hingegen unterstützen wir die ungarischen Kollegen darin, Gewerkschaftsmacht aufzubauen. Das ist eine Art gewerkschaftlicher Solidarität und Hilfe zur Selbsthilfe, die erstaunlich gut funktioniert. In Ungarn verzeichnen die Gewerkschaften beispielsweise einen deutlichen Mitgliederzuwachs – und das macht sie stärker und durchsetzungsfähiger.

Du warst im Rahmen deiner letzten Tätigkeit auch für China zuständig. Wie siehst du die Politik Chinas im globalen Feld?

Meine Perspektive auf China hat sich im Laufe der Zeit verändert. Ich habe am Anfang sehr wohlwollend auf die Entwicklung im Land selbst und auf die internationale Rolle Chinas geschaut. Ich war voller Bewunderung für die Entwicklung Chinas und wie es gelungen ist, so viele Menschen aus der Armut zu befreien. Das sehe ich heute deutlich kritischer. Denn wenn man genauer hinschaut, sieht man ein sozial tief gespaltenes Land. Das hat enorme soziale Verwerfungen zur Folge. Chinas Blick auf die Welt hat sich ebenfalls sehr stark verändert. Früher war chinesische Außenpolitik von großer Zurückhaltung geprägt. Mittlerweile ist China ein machtvoller Player geworden, auch in den Ländern des Südens. China will sein neues Seidenstraßen-Projekt durchsetzen. Die Verhandlungsmethoden sind brutale Machtpolitik. China setzt das Mittel Verschuldung ein und fördert den Aufbau einer Großinfrastruktur im eigenen Interesse. Das erinnert mich sehr stark an die Entwicklungspolitik der 1950er und

1960er Jahre in Europa, wo man mit Staudammprojekten versucht hat, Afrika zu entwickeln. Die Chinesen machen dieselben Fehler und haben vor allen Dingen eins im Sinn: Ressourcen aus dem globalen Süden herauszuholen. Anfangs hatte man den Eindruck, dass China vieles besser macht und vor allen Dingen nicht die ganze koloniale Geschichte mitbringt. Hinzu kommt, dass sie keine unangenehmen Fragen stellen. Das macht sie attraktiv für einige Despoten im Süden.

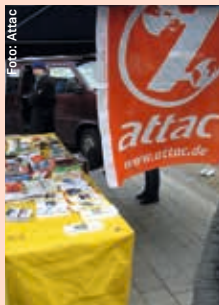
Warum jetzt der Wechsel zu medico?

Für mich persönlich ist das ein guter Zeitpunkt, um erneut auf die Entwicklungspolitik zu schauen und alte Fragestellungen neu zu betrachten und anzugehen. Mich hat bei medico die Debattenkultur und der kritische Blick auf die aktuellen Entwicklungen in der Welt sehr begeistert. Eine solche ständige Suchbewegung kenne ich von der Gewerkschaftsarbeit nicht als tägliche Herausforderung.

Gibt es ein Feld der medico-Arbeit, das sich unter deiner Leitung verändern wird?

Ich bin ein Mensch, der sich die Dinge erst einmal anschaut, bevor er sich programmatisch über das hinaus festlegt, was vorhanden ist. Ich will erst einmal viel zuhören. Das heißt nicht, dass ich keine Vision habe. Aus meiner Biographie kann man entnehmen, dass ich immer zwei Schwerpunkte verfolgt habe: die europäische Integration und die Entwicklungspolitik. Ich könnte mir vorstellen, dass es über eine verstärkte europäische Vernetzung möglich ist, die nationalen Entwicklungspolitiken zu beeinflussen. Ich bin ein überzeugter Europäer und die Vernetzung beispielsweise in Fragen von Flucht und Migration voranzubringen, wäre für mich ein wichtiges Anliegen. medico ist bereits in Europa vernetzt, aber ich würde gerne dazu beitragen, das auszubauen.

Das Gespräch führte Katja Maurer.



DAS ATTAC-URTEIL TANGIERT UNS ALLE

Die Räume kritischer Zivilgesellschaft werden enger

Der Trägerverein von Attac muss nach einem Spruch des Bundesfinanzhofs (BFH) mit dem endgültigen Entzug der Gemeinnützigkeit rechnen. Das BFH hat sein Urteil damit begründet, dass „Einflussnahme auf politische Willensbildung und Gestaltung der öffentlichen Meinung [...] keinen gemeinnützigen Zweck erfüllt.“ Dabei beruft es sich auf einen unpolitischen Begriff von „Volksbildung“. Die negativen Signale, die mit dem Spruch des BFH gesendet werden, nach innen wie nach außen, tangieren uns alle, auch medico.

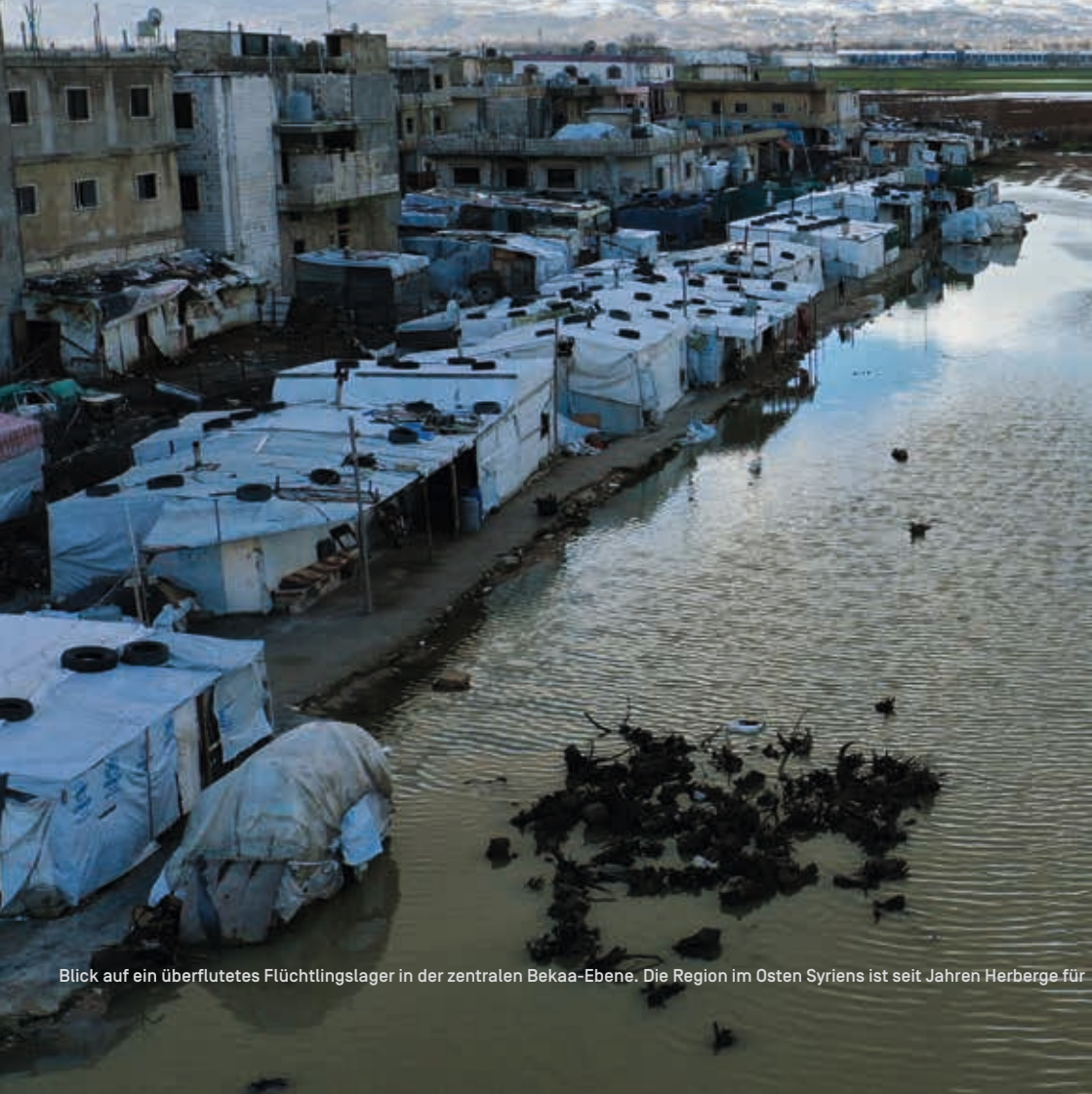
Zunächst ist die Entscheidung der obersten Steuerjuristen kurzsichtig und gefährlich. Denn in einer lebendigen Demokratie muss es Raum geben für eine kritische Zivilgesellschaft, die in der [finanziellen] Lage ist, die Zustände zu kritisieren und Alternativen vorzuschlagen. Die Globalisierung hat in vielen Ländern Ungleichheit, Armut und Ausbeutung zur Folge, im Süden wie im Norden. Umso wichtiger ist es, auf diese systemimmanenten Auswirkungen hinzuweisen und mit Spendengeldern „Inseln der Vernunft“ zu schaffen. Diese Alternativen liegen nicht nur bei medico oft quer zum politischen Mainstream. Als Nichtregierungsorganisation hat medico die gesellschaftliche Aufgabe, Partei für die Rechte der Ausgeschlossenen zu ergreifen und die politischen Entscheider an ihre Verantwortung zu erinnern. Das ist gemeinnützige Arbeit, die in ihrer kritischen Distanz zum politischen Establishment immer unbequem sein muss.

Wenn diese Arbeit durch den Entzug der Gemeinnützigkeit erschwert wird, erinnert das an die Schwierigkeiten unserer Partnerorganisationen in vielen Ländern dieser Welt. In Brasilien, Ägypten oder Bangladesch werden Nichtregierungsorganisationen und politische Aktivistinnen und Aktivisten nicht nur behindert, sondern verfolgt, manchmal bezahlen sie ihre Widerständigkeit mit dem Leben. Die Räume für politische Alternativen werden immer enger, weltweit, aber auch hierzulande. Die enge Interpretation des gemeinnützigen Zwecks „Volksbildung“ gefährdet Tausende Vereine und Stiftungen, die aus einer Haltung heraus Bildungsarbeit machen. Jeder Verein, der etwas auf sich hält, muss sich auch in die Tagespolitik einmischen können. Wenn die Abgabenordnung so ausgelegt werden kann, wie das bei attac der Fall war, dann muss die Legislative das Gesetz ändern, um zivilgesellschaftliche Organisationen in liberalen Demokratien zu stärken. Sonst macht nur noch der Lobby-Arbeit, der das Geld dafür hat.

Christian Weis

Parallelwe

Die syrische Tragödie nimmt
für die Flüchtlinge im Liban



Blick auf ein überflutetes Flüchtlingslager in der zentralen Bekaa-Ebene. Die Region im Osten Syriens ist seit Jahren Herberge für

Iten

kein Ende – auch nicht
on



tausende syrische Flüchtlinge.

medico-Projektkoordinator Till Küster bereiste kürzlich den Libanon und traf auf erschütternde Zustände

Die Delegationen in Brüssel hatten sich viel vorgenommen: „Supporting the future of Syria and the region“, darüber sollte auf der mittlerweile dritten internationalen Geberkonferenz zur Syrienkrise Anfang März 2019 gesprochen werden. Der Dreischritt von Hilfe, Wiederaufbau und Rückkehr der Flüchtlinge standen im Mittelpunkt. Am Ende wurden Milliarden versprochen, ohne dass es eine haltbare politische Initiative der Europäer gibt. zur selben Zeit sind wir im Libanon und bekommen jeden Tag das aktuelle Geschehen im Nachbarland mit: Phosphorangriff der russischen Luftwaffe auf die Region Idlib; Phosphorangriff der US-Luftwaffe auf die Stadt Barghouz, der letzten Enklave von Daesh/IS im Nordosten des Landes; anhaltende Proteste in der Stadt Daraa gegen die Repression des Regimes; Gasknappheit in Damaskus.

Zeit für Business

Während man in Brüssel noch diskutiert, treffen sich die iranische und türkische Regierung, um über ein gemeinsames Vorgehen in den kurdischen Gebieten in Irak und Syrien zu sprechen. Gleichzeitig findet ein trilaterales Treffen der Verteidigungsminister des Irak, des Iran und Syriens in Damaskus statt. Mit wem auch immer wir im Libanon sprechen, alle gehen davon aus, dass Assad und sein Regime an der Macht bleiben und trotz der Verbrechen gegen die eigene Bevölkerung straflos davonkommen

wird. Gleichzeitig hat die Aufteilung und Verteilung der Pfründe begonnen: Mobilfunklizenzen werden für mehrere Hundert Millionen Dollar an zwei russische Oligarchen verkauft, iranische Firmen sichern sich den Zugang zum Mittelmeerhafen in Latakia. Es ist wieder Zeit, Geschäfte zu machen, während an vielen Orten des Landes immer noch gekämpft, gebombt und getötet wird und weiterhin über elf Millionen Syrerinnen und Syrer im Land und auf der Flucht auf Hilfe angewiesen sind.

Mitten im syrischen Desaster befindet sich das kleine Nachbarland Libanon. Nur halb so groß wie Hessen, ist es seit Jahren Zufluchtsort von 1,5 Millionen syrischen Flüchtlingen, bei einer Einwohnerzahl von nur vier Millionen. Der Libanon ist damit das Land mit der höchsten Flüchtlingsquote weltweit. Apropos Quote: Der Libanon hat weltweit die dritthöchsten Schulden, gemessen am eigenen Bruttoinlandsprodukt. 50 Prozent der Staatsausgaben gehen mittlerweile in die Schuldentilgung. Hinzu kommt eine seit Jahren anhaltende politische Blockade. 2018 wurde nach neun Jahren wieder ein Parlament gewählt. Erst nach neun Monaten gab es eine neue Regierung mit dem eigentlichen Wahlverlierer Rafiq Hariri aus dem sunnitischen Lager als altem und neuem Premierminister. Im Gegenzug sicherten sich schiitische Kräfte mehr Einfluss, darunter insbesondere die vom Iran unterstützte Hisbollah, die nun insgesamt vier Ministerien leitet. Mit der Regierungsbildung können nun internatio-

nale Kredite in Höhe von elf Milliarden Dollar an den Libanon ausgezahlt werden, offiziell für den Ausbau von Infrastruktur. Wieviel davon in der klientelistisch-religiösen Ordnung des Libanons hängen bleibt, kann man sich ausmalen.

Ein Schlammbad

Ortswechsel. Mit dem medico-Partner AMEL Association sind wir in der Bekaa-Ebene, nahe der syrischen Grenze unterwegs. Mit Hilfe des Auswärtigen Amtes unterstützt medico AMEL seit 2013 in der Gesundheitsversorgung syrischer Flüchtlinge. An vier Standorten im Land werden täglich über 160 Behandlungen durchgeführt. Im Gesundheitszentrum in Mashgara beispielsweise deckt AMEL ein ganzes Spektrum an medizinischen Leistungen ab. Darunter nicht nur Allgemeinmedizin, sondern auch Pädiatrie, Augenheilkunde und Gynäkologie. Von Mashgara aus fahren die mobilen Kliniken in die informellen Siedlungen der syrischen Flüchtlinge. Es ist kalt und nass, ein langer Winter geht zu Ende, der viel Schnee und Regen bei wochenlangen Minusgraden brachte. Die Auswirkungen sind bis heute verheerend.

Die informelle Siedlung „Haouch Harimeh 006“ besuchen wir von Mashgara aus. Damaskus und die von Israel beanspruchten Golan-Höhen liegen hier näher als die libanesische Hauptstadt Beirut. Die Unterkünfte befinden sich in einem miserablen Zustand, das Areal versinkt noch immer in tiefem Schlamm. Über Wochen stand das Wasser kniehoch im Lager und den Zelten. Als die Latrinen überliefen und die Fäkalien sich im Lager verteilten, mieteten die Leute eine Wasserpumpe und zahlten pro Tag 300 Dollar, um die Schlacke eigenhändig aus den Zelten zu pumpen. AMEL verteilte mit Unterstützung medicos im Januar Decken, Kleidung und Heizöl, ansonsten kam keine Hilfe. Ein bestürzender Eindruck.

Die verheerende Lage der syrischen Flüchtlinge verantwortet die libanesische Politik, die den Vereinten Nationen nie ein volles Mandat zur Versorgung der syrischen Flüchtlinge erteilt hat und diese im rechtlosen Zustand hält. Viele leben seit Jahren illegal im Land in über 2.000 kleinen bis mittelgroßen informellen Lagern, meist auf privaten Grundstücken. So auch in Haouch Harimeh 006. Eine Familie muss jährlich 300 US-Dollar Miete an den Landbesitzer zahlen. Im Gegenzug erhalten sie quasi nichts. Der Müll wird nicht abtransportiert, Hilfe erreicht die Leute nur sporadisch. 144 Familien aus Rakka leben hier seit nun über fünf Jahren. An eine Rückkehr denkt trotz des Mülls und Schlammes keiner. „Rakka ist zu unsicher, wir sind vor dem Krieg geflohen und wollen nicht dorthin zurück“, sagt ein Familienvater.

Eingezäunte Palästinenser

Den syrischen Flüchtlingen im Libanon könnte ein Schicksal drohen wie den Palästinensern im Libanon. Eine seit 70 Jahren ungelöste Flüchtlingskrise. Wir besuchen Ein el Hilweh, das größte palästinensische Flüchtlingslager im Land nahe der Stadt Saida. 100.000 Menschen wohnen hier auf engstem Raum. Gewalt, Drogen und Konflikte der rivalisierenden palästinensischen Fraktionen und Milizen verleihen dem Camp den Ruf einer ständigen Gefahrenzone. Die Bewohnerinnen und Bewohner sind stigmatisiert, soziale, ökonomische und politische Teilhaberechte sind ihnen im Libanon verwehrt.

2018 beendete das libanesische Militär den Bau einer Mauer um das Camp, die Siedlung erinnert nun eher an die Westbank als an den Libanon. Die Eingänge in das Lager werden vom Militär bewacht, jeder Zutritt wird kontrolliert. „Das ist kein Ghetto mehr, das ist ein Ge-



Seit Jahren im Einsatz für die Geflüchteten: medico-Partner AMEL Association.

fängnis“, sagt Zafer Alkhateeb, Direktor des medico-Partners Nashet. Hinzu kommt ein demographisches Problem: Es sind vor allem junge Männer, die aufgrund der Perspektivlosigkeit das Camp verlassen, um auf Fluchtrouten nach Europa zu gelangen. Zurück bleiben die Älteren sowie Frauen und Kinder, ohne Aussicht auf Familiennachzug zu ihren Vätern und Ehemännern – schließlich funktioniert die europäische Abschottung hervorragend. Zafer Alkhateeb sieht nur einen politischen Ausweg aus der verfahrenen Lage der Palästinenserinnen und Palästinenser im Libanon: Statt auf Rückkehr zu setzen, sollten sie eine Verbesserung ihrer Rechtssituation im Libanon anstreben. Nashet verbindet diesen politischen Strategiewechsel mit konkreten Projekten im Lager, die erfolgreich sind und der kriminellen Logik zuwiderlaufen, weil sie auf soziale Beziehungen setzen – von Gemüsegärten auf Dächern bis zu einkommensschaffenden Maßnahmen für Frauen.

Kurz vor unserer Abreise aus Beirut zirkuliert ein Foto in den sozialen Medien. Es zeigt ein Graffiti aus dem syrischen Daraa: „Wir werden die Würde nicht bereuen“ haben Demonstranten auf eine Mauer gesprüht. Daraa, Ausgangspunkt der zuerst friedlichen Proteste in Syrien im März 2011, ist acht Jahre später wieder ein Ort der Demonstrationen geworden: Die Menschen protestieren gegen die Errichtung einer Statue von Hafez Assad. Kurz darauf erreichen uns Meldungen, dass Einheiten der libanesischen Hisbollah auf dem Weg nach Daraa sein sollen, um gegen die Proteste vorzugehen.

Seit 2011 ist der Nahe Osten durch eine Situation der Revolution und Gegenrevolution geprägt. Solange Europa eine klare politische Initiative scheut, die einen dauerhaften Friedensprozess in der Region initiieren könnte, wird die Katastrophe andauern. Dann droht der syrischen Diaspora ein ähnliches Schicksal wie der palästinensischen, nicht nur im Libanon.



Till Küster ist bei medico Koordinator für den Mittleren Osten und seit zwei Jahren zuständig für die Projekte zur Unterstützung syrischer Flüchtlinge, die u.a. aus öffentlichen Zuschüssen finanziert werden.

Beirut ist eine Arrival City für Geflüchtete aus aller Welt. Neben syrischen und palästinensischen Flüchtlingen, die medico in einer Vielzahl von Projekten unterstützt, sind auch Projekte mit dem Migrant Community Center in Beirut in Planung. Ihre Spende stärkt diese Arbeit.

Spendenstichwort: Libanon

Verstecke sind unzählige, Rettung nur eine, aber Möglichkeiten der Rettung wieder so viele wie Verstecke. Es gibt ein Ziel, aber keinen Weg; was wir Weg nennen, ist Zögern.

Franz Kafka



Stiftungssymposium | 16. – 17. Mai 2019 | Frankfurt am Main

DEMOKRATIE IN DER KRISE

Was hindert die kritische Öffentlichkeit, das politische Denken zu erneuern und zur Demokratisierung der Demokratie beizutragen?

Das medico-Stiftungssymposium beschäftigt sich mit der Frage, warum es den kritischen gesellschaftlichen Milieus nicht gelingt, sich eine Demokratisierung der Demokratie zur Aufgabe zu machen, warum sie sogar in einer fragwürdigen und mitunter selbst gewählten Ohnmacht verharren.

Warum also all das *Zögern*?

Warum läuft die Inszenierung von Kritik und Protest in Appellen absehbar ins Leere und kann sich so die Politik des „Weiter so“ immer wieder durchsetzen? Warum begnügt sich linke Politik viel zu oft mit der Bewirtschaftung von Empörung, statt das demokratische Potential zu nutzen, das es noch immer gibt? Warum all diese *Verstecke*?

Es geht zugleich darum, einen Raum zu schaffen, in dem Prozesse und Institutionen einer Radikalisierung der Demokratie debattiert werden können.

u.a. mit:

Georg Seeblen, Sabine Hark, Boniface Mbanza, Elsa Koester, Hanna Mittelstädt, Jonas Wolff, Rupert von Plottnitz, Jean Wyllys

Anmeldung und weitere Informationen: www.medico.de/symposium

Hilferuf aus Roja- va



Der IS scheint besiegt, der Westen freut sich. Doch mit den Flüchtlingen lässt er die Region abermals alleine

Von Anita Starosta

Ende März 2019 haben die kurdisch dominierten Kräfte mit Baghouz die letzte IS-Bastion im Osten Syriens eingenommen. Schon in den Wochen zuvor sind Zehntausende Menschen vor den Kämpfen in die Gebiete der nordsyrisch-kurdischen Selbstverwaltung geflohen. Ziel der meisten war das 300 Kilometer nördlich gelegene al-Hol Camp. Die hohe Zahl der Ankommenden übersteigt die Kapazitäten des Flüchtlingslagers bei weitem, wie Sherwan Bery vom dort tätigen medico-Partner Kurdischer Roter Halbmond berichtet. Hinzu kommt, dass unter den Eintreffenden sowohl Opfer des IS als auch Angehörige des IS sind.

Überlastete Nothilfe

Niemand hatte damit gerechnet, dass sich noch so viele Menschen in der letzten Enklave des IS-Kalifats aufhielten. Inzwischen sind über 70.000 Menschen in dem Camp al-Hol angekommen, das ursprünglich für etwa 10.000 irakische Flüchtlinge vorgesehen war. „Die Strukturen sind schon jetzt völlig überlastet“, erklärt Bery. Und die Ankommenden sind meist in einem schlechten Zustand. In der IS-Zone gab es kaum noch Nahrungsmittel und die lange Flucht durch kalte Winternächte hat die Menschen weiter ausgezehrt. Besonders die Situation der Kinder ist dramatisch, sie sind unterkühlt und unterernährt. Viele hausten mit

ihren Müttern zum Teil in Erdlöchern und Baracken. Über achtzig Kinder, meist Babys, sind im Lager oder auf dem Weg bereits gestorben. Im Camp durchlaufen die Flüchtlinge zuerst die Gesundheitsposten vom Kurdischen Roten Halbmond. Dort leisten die Nothelferinnen und -helfer medizinische Erstversorgung, seit Wochen, rund um die Uhr, am Ende ihrer Kräfte. „Schwere Erkrankungen und Verletzungen müssen schnell behandelt werden. Kritische Fälle bringen wir in die nächstgelegenen Krankenhäuser, aber auch dort ist kein Platz mehr“, so Bery. Auch die sanitären Anlagen reichen nicht aus. Die Sorge vor der Ausbreitung von Krankheiten ist groß. Daher sein Appell: „Wir benötigen dringend internationale Hilfe, um eine angemessene medizinische Behandlung im Camp sicherzustellen.“ In einer ersten Nothilfemaßnahme unterstützt medico den Aufbau eines Feldkrankenhauses im Camp. Dann können Verletzte und schwer erkrankte Personen direkt vor Ort behandelt werden, denn der Bedarf ist riesig.

Zu dem allgegenwärtigen Mangel kommt eine besondere Herausforderung hinzu: Viele der Flüchtenden sind Zivilisten, die unter der Herrschaft im selbsterklärten Kalifat gelitten haben. Andere jedoch sind Angehörige der IS-Kämpfer, zumeist Frauen mit ihren Kindern. Sie fliehen also Seite an Seite mit IS-Opfern und suchen ausgerechnet in einer kurdisch geprägten Regi-

on Zuflucht, die vom IS jahrelang mit brutalen Selbstmordanschlägen bekämpft worden ist. Laut dem Rat für humanitäre Aufgaben der Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien befinden sich über 10.000 Angehörige von Dschihadisten in dem Flüchtlingslager, darunter auch viele nichtsyrische Frauen und Kinder. Das führt unvermeidlich zu Spannungen. „Alle Ankommende sind für uns erst einmal Flüchtlinge und wir versuchen, sie so gut es eben geht medizinisch zu versorgen“, beschreibt Bery die Haltung des Kurdischen Roten Halbmonds.

Was tun mit den IS-Angehörigen?

An den Gesundheitsposten kommt es immer wieder zu verstörenden Momenten – etwa dann, wenn jesidische Frauen oder Kinder eintreffen, die vor fünf Jahren in die Gefangenschaft der IS-Terroristen geraten waren und in Baghouz und Umgebung vier Jahre lang einer Gehirnwäsche unterzogen wurden. „Ihre Kinder wurden an der Waffe ausgebildet oder zu Selbstmordattentätern erzogen. Die meisten sind völlig verstört“, so Bery, der, selbst Jeside, als Nothelfer im Shengal-Gebirge im Einsatz war, als der IS einen Genozid an den Jesiden begann. „Die Gewalttaten, die den Kindern angetan wurden, und die ideologische Indoktrinierung zeichnen ihre Körper und ihr Verhalten.“ In der Nähe der Stadt Amude gäbe es ein Haus, in dem sie versorgt und psychologisch betreut werden können. Doch auch hier fehlt es an vielem, vor allem an Fachkräften für eine angemessene und intensive Betreuung. „Selbst unter günstigen Umständen kann eine Rehabilitation Jahre dauern“, meint Bery.

Um im Camp Eskalationen zu vermeiden, werden die IS-Angehörigen in der schwarzen Niqab und ihre Kinder behelfsmäßig in einem gesonderten Bereich untergebracht. Lösen lassen sich die Konflikte so nicht. Und es ist nicht das

einzige Lager in Nordsyrien, in denen die Selbstverwaltung mit dieser Situation konfrontiert ist: Seit vier Jahren versorgt sie über 2.000 IS-Angehörige im Roj-Camp im Nordosten des Landes. Seit der Befreiung der Stadt Rakka halten sich weitere 3.000 Frauen und Kinder in dem Flüchtlingslager Ain Issa auf. Zum Teil wird versucht, bei den indoktrinierten Frauen und Kindern über psychologische und pädagogische Angebote eine Entradikalisierung einzuleiten. Nicht immer werden die Angebote auch angenommen. Es bräuchte einen langwierigen psychologischen Prozess unter professioneller Anleitung, der den Schutz, die Versorgung, die Erziehung und Rehabilitation sicherstellt. Dies können die Strukturen der Selbstverwaltung alleine jedoch nicht leisten, sie benötigen dringend ökonomische und fachliche Unterstützung.

Auch die Situation im al-Hol Camp wird sich nicht schnell entspannen. Denn wo sollten die Angehörigen der Dschihadisten hin? Eine Perspektive auf eine Rückkehr in ein geordnetes Leben zeichnet sich für sie noch weniger ab als für die übrigen Geflüchteten. „Wir wissen nicht, wie es weitergehen soll. Die ausländischen IS-Frauen wollen zurück in ihre Herkunftsländer. Wir können sie hier auch nicht weiter versorgen“, sagt Bery auch in Richtung Deutschland. Die internationale Debatte um die Rückholung und Verurteilung von IS-Kämpfern wird hier genau verfolgt. Schon seit Monaten bitten die kurdischen Autoritäten die Staatengemeinschaft zumindest um die Rückholung der inhaftierten ausländischen IS-Kämpfer und ihrer Angehörigen. Bisher ohne Erfolg. Allein die indonesische Regierung hat eine bedeutende Anzahl zurückgenommen. Und Europa?

Frankreich hat sich dazu durchgerungen, fünf Waisenkinder aufzunehmen. Deutschland hat, zumindest offiziell, niemanden rückgeholt, könnte das doch – so ist zu vermuten – vom türkischen „Partner“ Erdogan als Anerkennung

der kurdischen Selbstverwaltung gedeutet werden. Staatsräson sticht Verantwortung. In diesem Sinne wird hierzulande denn auch offen über die „Ausdeuschung“ von Staatsbürgern im Dienste der Terrormiliz diskutiert. Damit würde die Bundesregierung auch diese Last den Menschen in Rojava auferlegen – neben dem militärischen Kampf gegen den IS und der Versorgung seiner Opfer eben auch die Herausforderung, was mit den Tätern und ihren Angehörigen geschehen soll.

Dabei steht neben persönlichen Schicksalen vieles auf dem Spiel: Gelingt es nicht, Menschen, die jahrelang vom Leben im IS-Kalifat geprägt worden sind, auf einen anderen Weg zu bringen, und die Kinder von der ideologischen Indoktrinierung zu befreien, droht eine nächste Generation heranzuwachsen. Der IS mag sein Territorium, ehemals so groß wie Großbritannien, verloren haben. In Luft aufgelöst hat er sich keineswegs. Gleichzeitig werden Autonomie und der selbstorganisierte Wiederaufbau in Nordsyrien sowohl vom türkischen Nachbarn als auch durch das Assad-Regime akut bedroht. Noch ist nichts gewonnen und nichts ist vorüber.

Für die Aufarbeitung der Verbrechen durch den Islamischen Staat fordert medico die Einrichtung eines UN-Sondertribunals. Dies wäre ein wichtiger Schritt, um zumindest minimale Gerechtigkeit und die Möglichkeit von Versöhnung auf den Weg zu bringen. Ganz akut aber braucht der medico-Partner Kurdischer Roter Halbmond dringend Unterstützung für die medizinische Nothilfe der Geflüchteten. Hierfür sind wir auf Spenden angewiesen, denn sie erhalten auch hier keine Unterstützung durch die Bundesregierung.

Spendenstichwort: Nothilfe Rojava

VON JELINEK BIS WESTWOOD: UNTERSTÜTZUNG FÜR ROJAVA- AUFRUF VON MEDICO

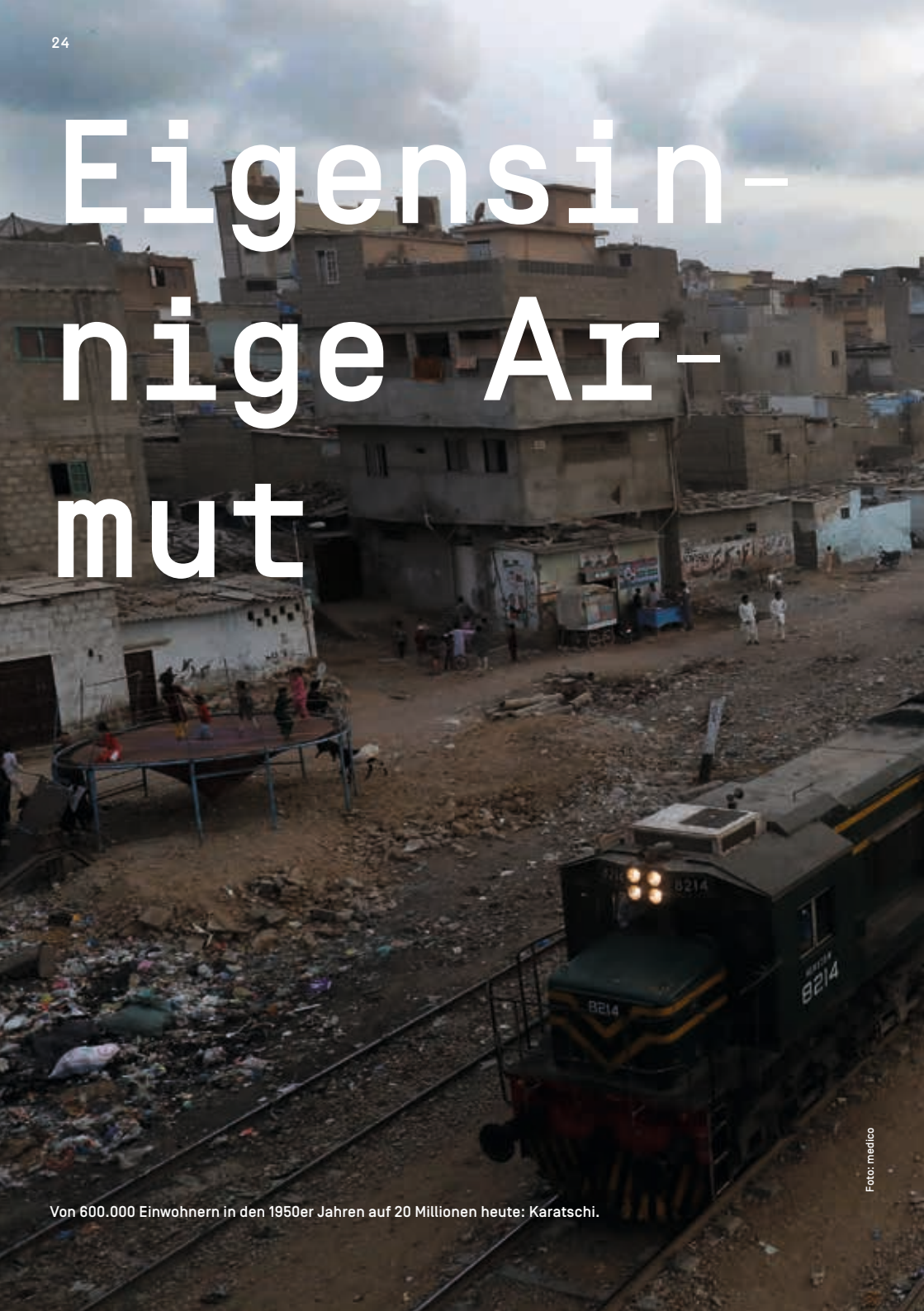
Weiterhin droht die Türkei mit dem Einmarsch ihrer Armee in die mehrheitlich kurdisch besiedelten Gebiete des syrischen Nordens. Es ist absehbar, dass niemand den Bewohnerinnen und Bewohnern Rojavas beistehen wird. Die drohende humanitäre und politische Katastrophe muss verhindert werden. Deshalb hat medico einen Aufruf gestartet und wird dabei international prominent unterstützt: Unterzeichnet haben u.a. Elfriede Jelinek (Schriftstellerin), Axel Honneth (Philosoph), Milo Rau (Regisseur), Leyla Imret (abgesetzte Bürgermeisterin von Cizre), Gesine Schwan (Politikwissenschaftlerin), Nancy Fraser (Philosophin), Vivienne Westwood (Designerin), Sandro Mezzadra (Politikwissenschaftler) und Étienne Balibar (Philosoph).

Unter www.medico.de/rojava ist die Erklärung nachzulesen. Als Plakat zur Weiterverbreitung im Buchladen oder in der Szenekneipe kann sie bei medico bestellt werden – siehe Materialliste Seite 52.



Anita Starosta hat für medico in den vergangenen Monaten immer wieder Nordsyrien bereist und die medico-Partner vor Ort besucht.

Eigensinnige Armut



Von 600.000 Einwohnern in den 1950er Jahren auf 20 Millionen heute: Karatschi.

Reihe „Von den Enden der Welt“: Gespräche in Pakistan offenbaren eine immense Ratlosigkeit gegenüber der politischen Krise des Landes

Von Thomas Seibert

Um ein Haar wäre es im Februar dieses Jahres zum fünften Krieg zwischen Indien und Pakistan gekommen. Am 14. Februar 2019 tötete ein Selbstmordattentäter einer von Pakistan geförderten Terrororganisation über 40 indische Soldaten. Es kam zu wechselseitigem Artilleriebeschuss mit zivilen Opfern, zu indischen Luftangriffen auf Terroristenlager in Pakistan, am 27. Februar schließlich zum Abschuss indischer Kampfflugzeuge. Mit der Freilassung eines indischen Piloten beruhigte sich die Auseinandersetzung. Vorerst.

Die indisch-pakistanischen Beziehungen befinden sich auf einem Tiefpunkt. Der Dauerkonflikt ist ein Erbe europäischer Kolonialherrschaft. Lange Zeit hatte der von Hindus und Muslimen gemeinsam gegründete Indian National Congress für einen multiethnischen, multilingualen und multireligiösen Staat in den Grenzen des ganzen britischen „Kaiserreichs Indien“ gekämpft. Obwohl stetig wachsende Spannungen 1906 zur Spaltung der Kongresspartei führten, hielten Hindus und Muslime zunächst weiter an der Idee eines Einheitsstaates fest. Doch band die britische Kolonialmacht ihren Rückzug schließlich an die Gründung zweier Staaten: der formell säkularen, aber von Hindus dominierten Indischen Union und der zunächst westlich und östlich der Union gelegenen Islamischen Republik Pakistan. 1948 kam es auf beiden Seiten zu blutigen Pogromen, in deren Verlauf zehn Millio-

nen Hindus aus Pakistan und sieben Millionen Muslime aus Indien vertrieben wurden, eine Million Menschen verloren ihr Leben. 1971 löste sich die Osthälfte Pakistans aus der Islamischen Republik und wurde als Bangladesch unabhängig; die militärische Unterstützung Bangladeschs durch Delhi feuerte den Konflikt weiter an. Brennpunkt blieb die indische Provinz Kaschmir: Weil dort viele Muslime leben, fordert Islamabad ihren Anschluss an Pakistan. Da beide Länder Atommächte sind, könnte ein weiterer Krieg zu einem Ende der Welt werden.

Die Verantwortung für die aktuelle Krise hängt zu gleichen Teilen an Delhi und Islamabad. Indien wird seit 2014 von einer extrem hindu-nationalistischen Regierung beherrscht, die unter dem Druck baldiger Neuwahlen steht. Für Pakistan ist die immer neue Eskalation des Konflikts geradezu Staatsräson: Der Kampf um Kaschmir legitimiert die Hochrüstung der Armee und ihre Vorherrschaft im Staat. Dabei teilen sich die Generäle die Macht mit der aufgeblähten Bürokratie und den Großgrundbesitzern.

Als übriggebliebener Frontstaat des längst verblichenen West-Ost-Konflikts hat Pakistan die Teilhabe am ökonomischen „Tigersprung“ der anderen Länder Asiens verpasst. Die Islamische Republik ist bankrott und hängt am Tropf chinesischer, russischer und amerikanischer Kredite, hängt damit aber auch an den

Verwerfungen zwischen ihren Geldgebern. Aktuell hat China die Nase vorn, für das Pakistan eine Bastion seiner „neue Seidenstraße“ werden soll: ein geopolitisches Großprojekt, in dem China sechzig Staaten Asiens, Afrikas und Europas wirtschaftlich vernetzen will.

In Karatschi lebt und stirbt
jeder für sich allein.

Es könnte aber gut sein, dass der Staatsbankrott Pakistans von niemandem mehr abgewendet werden kann. Das aber liegt auch an den aktuell 185 Millionen Menschen, die zwar zur Armut verdammt und von der Macht ausgeschlossen sind, selbst aber trotzdem in ganz eigensinniger, unberechenbarer, auch unkontrollierbarer Weise agieren. Tatsächlich waren die Armen nie einfach die passive Verfügungsmasse der Generäle, der Bürokratie und der Großgrundbesitzer. Seit rund fünfzig Jahren schon verlassen sie in täglich wachsender Zahl ihre Dörfer und folgen den 1948 aus Indien vertriebenen Muslimen („Mohajirs“) in immer neuen Einwanderungswellen in die auswachsenden Städte. Das beste Beispiel ist Karatschi, Pakistans größte Stadt: In den 1950er Jahren lebten hier gerade einmal 600.000 Menschen. Heute schätzt man die Einwohnerzahl der Großregion auf 20 Millionen, flächenmäßig ist Karatschi so groß wie das Saarland.

Zählen mittlerweile auch die anderen Großstädte Pakistans nach Millionen, verdichtet sich die Dynamik der Verstädterung heute in den Kleinstädten, die in rasendem Tempo zu mittleren und schließlich zu weiteren Großstädten auswachsen. Das aber liegt nicht nur an der ungebrochenen Binnenmigration, sondern auch am Wachstum der Bevölkerung: Möglichst viele Kinder zu haben, trägt oftmals materiell, vor allem

aber symbolisch zum Kampf der Armen um Selbstbehauptung bei. Übereinstimmenden Schätzungen zufolge wird Pakistan schon in den nächsten dreißig Jahren mindestens 335 Millionen Menschen ernähren, kleiden und berbergen müssen, die Hälfte von ihnen wird dann in den noch einmal viel größeren Städten wohnen. Lebt heute schon über ein Drittel der Pakistani, 70 Millionen, unterhalb der Armutsgrenze, wird ihre Menge 2050 unermesslich geworden sein. Dabei trifft die absolute Zahl noch gar nicht den Kern der politischen, ökonomischen und sozialen Krise. Denn schon jetzt liegt das Durchschnittsalter der Pakistani bei knapp über 20 Jahren, 2050 wird die Mehrheit nicht nur ärmer, sie wird noch einmal jünger sein.

Seit 2012, als der Großbrand bei der Textilfabrik Ali Enterprises weltweit Aufsehen erregte, gehört der Anwalt Faisal Siddiqi zu den Partnern medicos in Pakistan. In seinem Haus in Karatschi treffen wir den Journalisten und ausgewiesenen Karatschi-Kenner Fahim Khan. Als die später ermordete Premierministerin Benazir Bhutto in den 1990er Jahren den Ausnahmezustand verhängte, übertrug sie ihm die Verwaltung der Megastadt. „Der Ausnahmezustand schien mir die letzte Chance einer Wende zum Besseren zu sein. Diese Chance ging verloren. Seither verfolge ich das Schicksal dieser Stadt, weil sie uns Zugang zur Welt von morgen gewährt – wenn man morgen noch von einer Welt sprechen kann.“ Khan kommt direkt auf die Verstädterung und das Bevölkerungswachstum zu sprechen: „Wenn die 20 Millionen Einwohner Karatschis eine ungeheure Menge bilden, liegt das nicht nur an ihrer Zahl. Ungeheuer ist diese Menge, weil sie aus lauter Einzelnen besteht: aus Einzelnen, die aber nicht bloß vereinzelt, sondern jeder für sich verlassen sind. Verlassen von jedem geteilten Herkommen, jeder Bindung, von jedem Gemeinsamen. Auf sich allein gestellt in einem Überlebenskampf, der von jedem an jedem Tag

neu gewonnen werden muss, gegen alle andern.“ Sidiqqi ergänzt: „Deshalb gab es zum Brand bei Ali Enterprise auch keine nennenswerte Solidaritätsbewegung. In Karatschi lebt und stirbt man für sich allein.“

Natürlich ist der tägliche Kampf ums Überleben, so Khan weiter, in den Dörfern nicht einfacher. Doch sind ihm dort jederzeit Grenzen gesteckt, Regeln vorgegeben. Diese tragenden Übereinkünfte – „So wird das gemacht!“, „Das gehört sich nicht!“ – werden von den Älteren an die Jüngeren weitergegeben, vom Großvater und der Großmutter auf den Vater, die Mutter und die Enkel. „Ich bin nicht konservativ, mir geht es nicht um die Wahrung des Überkommenen. Mir geht es um den Unterschied, der in Karatschi gelebt wird. Einfluss gewinnt hier nur, wer den Kampf aller gegen alle zumindest eine Zeitlang siegreich besteht. Das gelingt oft nur bis ins dreißigste Jahr, dann fallen die meisten in das Heer der namenlosen Verlierer zurück. Karatschi ist eine der gefährlichsten Städte der Welt, hier werden täglich so viele Menschen ermordet wie anderswo in Kriegszeiten.“

Wie das geändert werden kann, weiß Khan so wenig wie der Anwalt Siddiqi, so wenig wie die anderen medico-Partner: Nasir Mansoor und Zehra Khan von der Gewerkschaft NTUF, der Politveteran Karamat Ali, der in den 1970er Jahren der Führer von Karatschis damals linken Studierenden war. Sie wissen es so wenig wie der frühere Cricketstar Imran Khan, von Gnaden der Generäle aktuell Premierminister Pakistans. So wenig übrigens wie die Generäle selbst: Ihr Zugriff auf die Atombombe ist so gefährlich, weil sie ein Ende im Schrecken einem Schrecken ohne Ende vorziehen könnten.

Genau deshalb aber starten unsere Partner jetzt eine weitgespannte Befragung der Armen. Befragt werden Textilarbeiterinnen und Textilarbeiter in Karatschi, die Weber von Fai-

salabad, Hafenarbeiter und Schiffsabwracker in Gadani, aber auch die Baumwollpflücker der verlorenen Dörfer auf dem Land. Dabei soll es nicht nur um ihre Arbeitsbedingungen, sondern auch um die Verhältnisse der Generationen und der Geschlechter gehen, um die mit ihnen verbundene Gewalt, die Aussichtslosigkeit. Zur Sprache kommen sollen aber auch ihre Wünsche, auch ihre Träume. Denn so verlassen sie alle auch sein mögen: Auch sie folgen Wünschen und Träumen.



Thomas Seibert ist Philosoph und arbeitet für medico seit mehr als 20 Jahren. U.a. beschäftigt er sich mit den Ländern Sri Lanka und Pakistan.

Spendenstichwort: Pakistan

MEDICO-WEBREIHE: VON DEN ENDEN DER WELT

Das Ziel, also unser Ende der Webreihe „Von den Enden der Welt“ ist, eine neue Erzählung der Befreiung zu entwickeln, ein anderes Narrativ der Globalisierungskritik und der Ambivalenzen in der Globalisierung. Die Ergebnisse der im Beitrag beschriebenen Befragung in Pakistan werden wir auswerten und an die zurückgeben, die wir befragt haben. Das Wissen der Armen wird auch in der Webreihe veröffentlicht, im Rundschreiben oder auf der Webseite.

www.medico.de/enden-der-welt

Negative Vielfalt

UN-Bericht, Raketenangriffe, einbehaltene Gelder - in und um Gaza wachsen die Konflikte

Am 18. März 2019 legte die von der UNO einberufene unabhängige Untersuchungskommission über die Proteste im besetzten palästinensischen Gebiet auf 252 Seiten ihren Abschlussbericht über die Ereignisse rund um den Großen Marsch der Rückkehr im Gazastreifen seit dem Beginn der Proteste von März bis Dezember 2018 vor. Laut dem Bericht tötete die israelische Armee in dem Zeitraum 183 Menschen mit scharfer Munition, die sich bei den Protesten aufhielten oder daran teilnahmen. Eine von ihnen war die sichtbar als Ersthelferin gekennzeichnete 21-jährige Razan Al-Najjar des medico-Partners Palestinian Medical Relief Society (PMRS), die sich zum Zeitpunkt ihrer tödlichen Verwundung etwa 100 Meter vom Zaun entfernt aufhielt. Laut dem Bericht wurden weitere 6.106 Menschen durch scharfe Munition verletzt, darunter 79, die als Gesundheitspersonal und Presse erkennbar waren.

Eine zentrale Aufgabe der Kommission bestand darin zu untersuchen, ob es sich beim Vorgehen der israelischen Armee gegen Protestierende im Gazastreifen um die Anwendung rechtswidriger tödlicher Gewalt oder um rechtlich sanktionierte Gewalt handelte. Sie kam zu dem Ergebnis, dass die Proteste, trotz einzelner Gewaltakte von palästinensischer Seite, überwiegend ziviler Natur waren und es sich daher weder um eine Gefechtssituation noch eine militärische Kampagne handelte, wie die israelische Regierung behauptet. Mit Ausnahme von zwei

Fällen wertete die Kommission den Einsatz von scharfer Munition also als ungesetzlich und die Tötung und Verletzung Protestierender als international strafbare Verbrechen.

Die Kommission kam auch zu dem Ergebnis, dass Mitglieder des Hohen Nationalen Komitees, das sich zur Organisation der Proteste formiert hatte, in Teilen zum Gebrauch von Drachen mit Brandsätzen aufgerufen und die Hamas ihre Verpflichtungen verfehlt hatte, deren Einsatz zu unterbinden. Kam die Idee zu gewaltfreien Protesten auch aus der palästinensischen Zivilgesellschaft und mögen das Hohe Nationale Komitee und die zwölf Unterkomitees bis auf den heutigen Tag gemischt besetzt sein – kein medico-Partner in Gaza zweifelt daran, dass die Hamas im gesamten Gebiet die Kontrolle über die Proteste hat. Das bedeutet nicht, dass nur Hamas-Anhänger protestiert haben. Aber es bedeutet, dass die Hamas den Zugang zu den Protestcamps und zum Zaun kontrollierte. Es bedeutet weiter, dass ein zentraler Moment für die Mobilisierung der mittlerweile sehr viel kleineren Proteste sehr wohl bei der Hamas als wesentlicher politischer Kraft in Gaza liegt.

An den Ursachen für die Proteste hat sich indessen nichts geändert. Nicht überraschend gibt es weiterhin keine Hoffnung darauf, dass die israelische Regierung die Situation der Menschen in Gaza bald verbessern würde, obwohl israelische Militärkreise aus Sicherheitserwä-



Die PMRS-Ersthelferin Razzan Al Najjar wurde bei den Gaza-Protesten vor einem Jahr getötet. Forensic Architecture hat den Tathergang rekonstruiert.

gungen heraus seit längerer Zeit immer wieder dafür plädieren. Das Rückkehrrecht der Flüchtlinge – und Gaza besteht zu mehr als 70 Prozent aus Geflüchteten – steht gar nicht zur Debatte, würde dies doch eine Anerkennung der Nakba durch Israel bedeuten.

In den letzten Wochen zeigte sich in Gaza jedoch auch, und zwar keineswegs zum ersten Mal, dass die Bevölkerung längst verstanden hat, dass sie von der Regierungsführung der Hamas und von ihren periodischen militärischen Schlagabtauschen und Verhandlungsrunden mit Israel keine Verbesserung zu erwarten hat. Dies äußerte sich vor allem seit dem 14. März 2019 in friedlichen Demonstrationen Tausender Menschen in Gaza. Ihre schlichte Forderung: „Wir wollen leben.“ Hunderte wurden verhaftet, als die Demonstrationen gewaltsam auseinandergetrieben wurden. Trotz der dringenden Aufforderung durch zehn palästinensische Fraktionen, das Recht der Demonstrieren-

den zu respektieren und bewaffnete Milizen von den Straßen und großen Plätzen in Gaza abziehen, wurde das Aufbegehren der Bevölkerung weiter unterdrückt. Bewaffnete blieben präsent und schüchterten die eigene Bevölkerung ein. Der medico-Partner Al Mezan Center for Human Rights legte dagegen Protest ein und forderte die Staatsanwaltschaft im Gazastreifen dazu auf, Ermittlungen gegen die Hamas und ihre bewaffneten Organe einzuleiten. Außerdem seien alle inhaftierten Protestierenden und Journalisten freizulassen.

Verschärft wurde die wirtschaftliche Situation in den letzten Wochen auch durch die anhaltende Auseinandersetzung zwischen der israelischen Regierung und der palästinensischen Autonomiebehörde (PA) über die von Israel beschlossene Einbehaltung von palästinensischen Steuereinnahmen. Die jüngsten Proteste in Gaza waren durch akute wirtschaftliche Nöte motiviert, gingen aber deutlich über eine Hungerrevolte hinaus, weil die Forderung sich nicht auf ökonomische Aspekte beschränkte.

Der Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen im März ebenso wie die israelischen Reaktionen darauf sprechen nicht dafür, dass eine der beiden Seiten die Eskalation sucht. Die Einschätzung unserer Partner in Gaza ebenso wie verschiedener Politikbeobachterinnen ist eher, dass die Hamas, und das sollte längst bekannt sein, nicht monolithisch zu begreifen ist, sondern dass der Raketenbeschuss und die „Entschuldigung“ der Hamas, es habe sich um ein Versehen gehandelt, einen Richtungskampf innerhalb der Bewegung, unter Umständen sogar innerhalb des bewaffneten Arms anzeigt.

Riad Othman

Spendenstichwort: Israel/Palästina

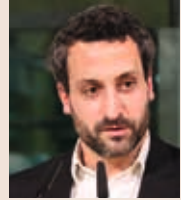
EMPATHIE STATT IDENTIFIKATION

Zur Antisemitismusdebatte, für die Wahrnehmung einer palästinensischen Sprechposition. Ein Kommentar von Riad Othman

„Empathie wird irrtümlich mit Identifikation oder Fusion mit dem Anderen gleichgesetzt“, schreiben Bashir Bashir und Amos Goldberg in der von ihnen herausgegebenen Anthologie „The Holocaust and the Nakba“. Und weiter: „Identifikation folgt der riskanten Phantasie universaler Ähnlichkeit, die nach Homogenität trachtet und Unterschiedlichkeit auslöscht. Wenn sie vorkommt, operiert sie auf zwei Arten – Aneignung oder Unterwerfung. Identifikation ist deshalb immer mit narzisstischen Impulsen verbunden und zeigt einen Typus von Illusion an, der potentiell aggressiv und gewalttätig ist.“ Das erklärt in Teilen, weshalb die Diskussion über den israelisch-palästinensischen Konflikt hierzulande so erbittert geführt wird.

Oft ist nicht Empathie Ausgangspunkt einer Beschäftigung mit Israel und Palästina, sondern Identifikation. Während sich die identifizierende Palästina-Solidarität in einer kleinen Nische bewegt, ist die Identifikation mit Israel Staatsräson. Dabei vermischen die israelische Regierung und ihre Unterstützer hierzulande auf unzulässige Weise Begriffe und Themen: die Kritik an der Siedlungspolitik und Abriegelung Gazas wird gegen die deutsch-jüdische Geschichte, den Holocaust und die sich daraus ableitende Rolle gegenüber dem Staat Israel aufgewogen. Antisemitismus und der Zionismus als eine nationale Bewegung werden in einen Topf geworfen mit einem Zionismus, der ein koloniales Projekt ist, und einem Antizionismus der palästinensischen Bevölkerung, der aus der Kolonialismus- und Besatzungserfahrung gespeist ist. Diesen Antizionismus mit dem europäischen Linker zu vermischen hat System. So werden alle diese Fragen verkürzt, vermischt und, wo nicht zweckdienlich, ignoriert. Die Vermischung findet nicht statt, weil alles mit allem zusammenhänge, sondern weil bestimmte Debatten und legitime Meinungen unterdrückt werden sollen.

medico berichtet regelmäßig über die Ereignisse und verteidigt das palästinensische Recht auf Widerstand in einem Kontext von Unterdrückung, Ausgrenzung und einer Art moderner Gefängnishaltung, wie er in Gaza vorliegt. Im Sinne einer kritischen Solidarität hindert uns das nicht daran, die Instrumentalisierung legitimer Proteste, zum Beispiel durch die Hamas, zu thematisieren. Wir nehmen wie unsere Partnerinnen und Partner einen Platz zwischen den Stühlen ein. Gegen die Verweigerung der Empathie für die palästinensischen Opfer und die Delegitimierung ihrer Sprechpositionen, wie sie in einem Plakat in Frankfurt mit der Losung „Palästina, halt's Maul“ zum Ausdruck kamen, verwehrt sich medico.



Riad Othman ist Nahostreferent von medico international und hat mehrere Jahre das medico-Büro in Ramallah geleitet.

Diese Delegitimierung ist ein Spiegelbild der Indienstnahme der Shoah durch die israelische Regierung und ihres Umgangs mit der Nakba, der Vertreibung und Flucht von über 80 Prozent der palästinensischen Bevölkerung aus den Gebieten, die zu Israel wurden. „Der Versuch, die Erinnerung an die Nakba in der israelisch-jüdischen Gesellschaft auszulöschen, war selbst eine aktive gesellschaftliche Kraft, von der physischen Zerstörung arabischer Dörfer zum symbolischen Schweigen über die Erinnerung in Geschichtsbüchern und öffentlichen Äußerungen“, schreibt der israelische Historiker Alon Confino. Bis heute versucht der israelische Staat, das Gedenken daran möglichst zu unterbinden. Ein Gesetz droht seit 2011 Vereinen mit Sanktionen, falls sie sich dem widersetzen. In Israel wurde verstanden, dass der eigentliche Streitpunkt mit 1948 zusammenhängt, nicht mit 1967. Das offizielle Schweigen über die Nakba entspricht der historischen Rivalität der beiden Nationalbewegungen, von denen jede für sich ein traumatisches Gründungsereignis in Anspruch nimmt: die zionistische den Holocaust, die palästinensische (auch innerhalb Israels) die Nakba.

Kritische Stimmen aus dem arabischen Raum werden in der deutschen Debatte leider kaum rezipiert. Der Politikwissenschaftler Nadim Khoury analysierte, dass sich die Forderung nach der palästinensischen Anerkennung des Existenzrechts Israels, ohne dafür die Anerkennung des eigenen Leidens von 1948 erwarten zu dürfen, auch in den Osloer Abkommen widerspiegelt: „Ein neues nationales Narrativ entlang der Grünen Linie zu erzählen ist nicht ein politischer Fetisch, sondern ein entscheidender Schritt im Bestreben der Autonomiebehörde, Eigenstaatlichkeit durch internationale Anerkennung zu sichern. Um sich der Eigenstaatlichkeit würdig zu erweisen, musste die Behörde beweisen, dass sie einen Staat in den Grenzen von 1967 akzeptieren würde. Die narrative Teilung war in die Zwei-Staaten-Lösung eingebettet.“

Der Schriftsteller Elias Khoury bezeichnete die Forderung nach der gegenseitigen Anerkennung von Holocaust und Nakba als eine „Beleidigung der moralischen Vernunft“. „Eine solide moralische Haltung ist von jeder Form der Verhandlung strikt getrennt, und das Zwischenspiel moralistischer spiegelbildlicher Abbildungen ist hier irrelevant. Vor allem als Mensch, als Libanese von Geburt und Palästinenser qua Zugehörigkeit, erkläre ich, dass ich keine Vorbedingungen dafür habe, die Grauen des Holocaust anzuerkennen. Der Holocaust ist meine Verantwortung als Angehöriger der menschlichen Rasse, obwohl er ein Produkt des europäischen Faschismus war.“ Khoury und andere fordern, dass die Narrative der Nakba und der Shoah nicht in Konkurrenz stehen sollten. Historisch sind die Ereignisse miteinander verwoben. Identifikation miteinander ist von den Konfliktparteien nicht zu erwarten. Sie wäre auch nicht förderlich. Empathie und eine Haltung nach dem Vorbild Khourys würden dagegen niemandem schaden.

Dieser Text ist entstanden in Fortführung der Debatte auf der medico-Webseite, die mit einem Text von Katja Maurer „Für ein Denken in Widersprüchen – Antisemitismus, Israel, BDS“ begann und der vielfältig diskutiert und kritisiert wurde. Nachzulesen unter: www.medico.de/antisemitismus-debatte

Projekte Projektionen

Stabil unsicher
Mali: Nothilfe für intern
Vertriebene

In Mali soll die Präsenz internationaler Truppen, darunter die Bundeswehr, Stabilität gewährleisten, zumindest in einem migrationshemmenden Maß. Unterhalb dieses Maßes aber wachsen die sozialen Unsicherheiten: Viele Konflikte, die in hiesigen Medien meist als rein ethnische Spannungen gelten, entzünden sich in dem arm gehaltenen Land am Zugang zu Wasser und Land. Und immer häufiger landen so intern Vertriebene Schutz- wie mittellos in der Hauptstadt Bamako. Im Rahmen ihrer aufsuchenden Sozialarbeit ist die medico-Partnerorganisation AME jetzt auf ihre Notsituation aufmerksam geworden. Akut versorgt sie rund 500 Menschen aus der Region von Mopti mit dem Nötigsten. Im Weiteren will sie ihre soziale und wirtschaftliche Integration unterstützen. So sollen Frauen in den Bereichen der Getreideverarbeitung und Seifenherstellung, Männer im Schreinerhandwerk und der Schweißtechnik geschult werden.

Foto: Bamada



Schutzsuchende in Bamako.

Spendenstichwort: Mali

Trauer und Dialog

Afghanistan: Museum für Kriegsopfer soll Wunden heilen

Seit Jahrzehnten schlagen Kriege, Unterdrückung und Terror in Afghanistan immer neue Wunden – gesellschaftliche, aber auch seelische. Der nicht endenden Gewalt stellt sich die medico-Partnerorganisation AHRDO mit eigenen Ansätzen entgegen. Um Prozesse der Versöhnung zu ermöglichen, hat sie zum Beispiel Theaterworkshops organisiert. Zu diesen brachten Menschen immer wieder Hinterlassenschaften von getöteten oder verschwundenen Angehörigen mit: Anhand von Kleidungs- und Schmuckstücken, Briefen, Fotos oder Dokumenten wollten sie ihre Geschichte erzählen und öffentlich machen. Mit den Erinnerungsstücken wurden sogenannte Memory Boxes zusammen- und ausgestellt, einige 2018 auch im medico-Haus in Frankfurt. Vor allem aber entstand die Idee, einen festen Ort zu schaffen, an dem über die Exponate persönliche Schicksale in eine kollektive Geschichte eingebettet werden. Nach Jahren der Vorbereitung hat AHRDO in Kabul jetzt ein Museum eröffnet. Das „Afghanische Zentrum für Erinnerung und Dialog“ ist mehr als ein Ort des Gedenkens. Da es die widersprüchliche Geschichte des Landes, in der Gruppen mal Opfer, mal Täter waren, abbildet, lädt es zur Begegnung und zur Versöhnung ein. Wie weit unten auf der Agenda die Aufarbeitung von Kriegsverbrechen allerdings auch international steht, zeigte sich am Eröffnungstag: Obwohl von AHRDO eingeladen, ist kein einziger Diplomat eines europäischen Staates erschienen.

Spendenstichwort: Afghanistan



Dawar Kitchen: Gemeinsam kochen.

Ort der Zuversicht

Ägypten: Gemeindezentrum gibt Geflüchteten Perspektiven

Sie können nicht zurück in ihr Herkunftsland, kommen aber auch nicht weiter: In den Großstädten Ägyptens leben Zehntausende Geflüchtete, die meisten aus Syrien, aber auch aus Eritrea, Äthiopien, dem Jemen oder dem Sudan unter schwierigsten Bedingungen. Perspektivlosigkeit und Isolation zu überwinden ist Ziel der medico-Partnerorganisation Dawar for Arts and Development. So hat die Initiative in einem armen Stadtteil Kairo ein ökonomisch-soziales Integrationsprojekt begonnen. Im Mittelpunkt steht Dawar Kitchen: Ägyptische, syrische und sudanesisch Frauen aus der Nachbarschaft betreiben gemeinsam einen Catering-Service. Momentan stockt Dawar mit Unterstützung von medico das Gebäude um zwei Etagen auf. In den neuen Räumen sollen kunstpädagogische und -therapeutische Angebote, Alphabetisierungskurse und vieles mehr den Austausch zwischen Familien der Nachbarschaft intensivieren. Inmitten von urbaner Armut und Unsicherheit entsteht so ein Ort, der armen Einheimischen und auch gestrandeten Geflüchteten Zuversicht zu geben vermag.

Spendenstichwort: Ägypten

Radikal und basisnah

In Bangladesch fand die People's Health Assembly mit Gesundheitsaktivisten aus 75 Ländern statt

„Noch nie zuvor in meinem politischen Leben habe ich von einem solchen Ausmaß an Gewalt erfahren, wie es die Frauen in den Camps der Rohingya im Osten von Bangladesch zuvor in Myanmar erlebt hatten.“ Als die feministische Menschenrechtsaktivistin Shireen Huq aus Bangladesch zu ihrem Bericht aus dem größten Flüchtlingslager der Welt anhebt, stockt den über 1.000 Zuhörerinnen und Zuhörern der Atem. Es ist Tag Zwei der People's Health Assembly, des größten Treffens von Basisgesundheitsaktivistinnen und -aktivisten aus aller Welt. Shireen Huq berichtet gefasst und klar von sexualisierter Gewalt und davon, wie Entrechtung und der Ausschluss von Bildung und Gesundheit die Gruppe der Rohingya in Myanmar über Jahrzehnte isoliert und gedemütigt hat. Und sie gibt einen Einblick, wie es der Zivilgesellschaft in Bangladesch gelang, im Austausch mit der Regierung und der Bevölkerung die solidarische Unterstützung für die Rohingya zu organisieren.

Menschenrechte im Handgemenge

Wenn es stimmt, dass die Menschenrechte zukünftig nur dann eine Chance haben, wenn sie von unten verteidigt und erneuert werden, war die einwöchige People's Health Assembly im Winter 2018 das beste Beispiel dafür. Zum vierten Mal seit seiner Gründung lud das international vernetzte People's Health Movement zur

Generalsversammlung ein und mehr als 1.300 Menschen aus über 75 Ländern reisten an, die große Mehrheit aus dem globalen Süden. Gastgeberin der Versammlung: Gonoshastaya Kendra (GK), die größte Gesundheitsorganisation Bangladeschs, gegründet im Zuge der Unabhängigkeit Bangladeschs von Pakistan.

Wie umkämpft Gesundheitsarbeit sein kann, wenn sie sich im Kontext von Menschenrechtsarbeit verortet, zeigte sich im Vorfeld der People's Health Assembly: Der Veranstaltungsort wurde verwüstet, einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurden an der Einreise gehindert, und es kam zu Blockaden von Seiten der Behörden, die mit Sicherheitsproblemen begründet wurden. In Wirklichkeit wollte die Regierung Stärke beweisen gegenüber GK, weil diese mit ihrer Projektpraxis der Regierung den Spiegel vorhält. Indem sie zum Beispiel ein Versicherungssystem für Textilarbeiterinnen entwickelt und kürzlich die größte Dialysestation des Landes im organisationseigenen Krankenhaus eröffnet hat, führt GK vor, was eigentlich Aufgabe des Staates wäre.

Die Aktivistinnen und Aktivisten von GK ließen sich von den Blockaden nicht beeindrucken und überzeugten die Regierung davon, die Großveranstaltung doch stattfinden zu lassen. Sie musste dann innerhalb von 24 Stunden an einen anderen Ort verlegt werden, was GK jedoch ohne spürbare Probleme gelang. Sogar

ein neues Programmheft wurde über Nacht in der eigenen Druckerei produziert. Hier bewährte und bewies sich einmal mehr das Leitmotiv von GK, das dazu beiträgt, dass die Organisation noch unter widrigen Umständen handlungsfähig bleibt: „Small is beautiful, but big is necessary“.

Gesundheitsgefahr Kapitalismus

Im international besetzten und von medico organisierten Workshop zu den Kämpfen der Care Worker verständigten sich Community Care Worker aus Simbabwe, Südafrika, Philippinen, Pakistan, Bangladesch, Kenia, Nepal und Libanon über die gemeinsame Ausgangslage.

Diskutiert wurden die politischen Faktoren, die die Gesundheit ruinieren – von Freihandelsabkommen bis zur Klimakatastrophe.

Die Careworker verkörpern mit ihrer Arbeit eine Alternative zu einem biomedizinisch geprägten Gesundheitsverständnis. Gerade deshalb müssen sie ihre fundamentale Bedeutung für eine funktionierende Basisgesundheit jeden Tag aufs Neue verteidigen. In Zeiten von Privatisierung und Effizienzdenken schweben sie permanent in Gefahr, als billige Aushilfskräfte ausgebeutet zu werden (siehe den Beitrag auf den folgenden Seiten). „Care Worker sind das Bindeglied zwischen der Community und dem Gesundheitssystem. In Zeiten fragmentierter Gesundheitssysteme ist das schon ein politischer Akt“, stellte Barbara Kaim von Tarsc aus Simbabwe im Workshop fest.

Im Verlauf der People's Health Assembly wurden zahlreiche politische Faktoren, die die Gesundheit ruinieren, diskutiert: Freihandelsabkommen, die Klimakatastrophe, das profitorientierte Entwicklungsmodell oder – um es mit einem Begriff zusammenzufassen – der Kapitalismus. Dass dies nicht in unzeitgemäßen Plattitüden endete, war der unmittelbaren politischen Praxis der Anwesenden zu verdanken, die aufklären, sich verbünden, ihre Regierungen verklagen, Gesundheitskomitees gründen, streiken und konkrete Hilfe organisieren.

Im Rückblick ist die Erinnerung an die Generalversammlung überschattet von dem tragischen Unfalltod des indischen Arztes Amit Sengupta, einer der Gründer und wichtigsten Mitstreiter des People's Health Movement. Über viele Jahre hat medico mit ihm in der Redaktion des alternativen Weltgesundheitsberichts zusammengearbeitet und ihn als einen der klügsten Köpfe der Bewegung erlebt. In einem seiner letzten Interviews beschreibt er eindrücklich das Auf und Ab in den Kämpfen um eine gerechte Gesundheit: „Wir werfen Steine gegen eine Wand aus Stahl. Das wirkt nicht besonders effektiv. Trotzdem habe ich die Hoffnung, dass die Steine mit der Zeit größer werden. Und ich bin sicher, dass wir mit unserer Arbeit auf einer weniger sichtbaren Ebene etwas bewirken. Mit wem wir auch sprechen im Rahmen der WHO oder auf Regierungsebene, wir treffen regelmäßig auf Leute, die unsere Ansichten teilen, auch wenn sich das noch nicht in eine offizielle Politik umsetzt.“



Anne Jung ist mi-Abteilungsleiterin der Öffentlichkeitsarbeit und Gesundheitsreferentin. Sie besuchte zum ersten Mal eine People's Health Assembly und kam inspiriert von dort zurück.

Repräsentanz der Prekären

Südafrika: Gesundheitsarbeiterinnen riefen einen landesweiten Gipfel der Selbstermächtigung ein

Von Usche Merk

Als der erste Bus mit den Delegierten aus der Provinz KwaZulu-Natal nach zehnstündiger Fahrt in Bloemfontein eintrifft, bricht Jubel bei den Gesundheitsarbeiterinnen aus. Singend und tanzend steigen sie aus und schauen das große Auditorium im Tagungszentrum an, in dem am nächsten Tag ein historisches Treffen stattfinden wird: Aus allen neun Provinzen Südafrikas werden je rund zwanzig Vertreterinnen von Community-Health-Worker-Organisationen zum ersten Mal zusammenkommen, sich über ihre Situation austauschen und darü-

ber diskutieren, wie sie ihren Kampf um menschenwürdige Arbeitsbedingungen und eine bessere Gemeindegesundheitsarbeit koordinieren können.

Was sich so einfach anhört, ist ein riesiger Schritt für die rund 200 Vertreterinnen der 70.000 Community Health Workers (CHW) in Südafrika. Unter schwierigsten Bedingungen sind diese Gemeindegesundheitsshelferinnen – neun von zehn sind Frauen – jeden Tag zu Fuß in Townships und informellen Siedlungen zu Haus-



Zoleka Mbotshelwa [29].

TRAUMBERUF KRANKENSCHWESTER

Als Zoleka mit 15 schwanger wurde, warf ihre Stiefmutter sie aus dem Haus. Notgedrungen zog sie zu ihrem Freund, der sie schlug und zum Sex zwang. „Als er einmal auf das Baby aufpassen sollte, gab er ihm zwei Tage lang nur Bier, bis es schwer krank wurde“, erzählt sie. Sie zog zu ihrem Vater. Kurze Zeit später wurde das Baby wieder krank. Weil der Krankenwagen zu spät kam, starb es noch in der Notaufnahme. Zoleka hatte keine Chance, ihren Traumberuf Krankenschwester zu lernen, aber sie wurde über Umwege zur Gemeindegesundheitsshelferin und machte Weiterbildungen zu geschlechtsspezifischer Gewalt. Dabei wurde ihr klar, dass sie in einer missbräuchlichen Beziehung gelebt hatte. „Ich beschloss, Menschen zu helfen, die in der gleichen Situation waren wie ich.“ Und sie begann, sich für die Rechte der Gesundheitsarbeiterinnen einzusetzen und wurde zur ersten Sprecherin der Selbstorganisation gewählt.

besuchen unterwegs. Sie betreuen schwer Kranke, darunter viele Aids- und Tuberkulose-Patienten, bei der Medikamentenversorgung und Pflege, begleiten Schwangere und überwachen die Vorsorge von Kindern. Außerdem kümmern sie sich um Gewaltopfer und sind erste Anlaufstelle, wenn ein Krankenwagen gerufen werden muss. Die oft leidenschaftlich engagierte Fürsorge ist für die Kranken überlebenswichtig, denn im südafrikanischen Gesundheitswesen werden sie kaum mehr wahrgenommen, weil sie zuhause versorgt werden.

Prekär und gefährlich

Gesundheitswesen und Öffentlichkeit erkennen die wertvolle Arbeit gleichwohl nicht an. Die Arbeitsbedingungen sind unwürdig und verachtend. Die meisten werden über Kurzzeitverträge als „Freiwillige“ außerhalb der Mindestlohnbedingungen beschäftigt, ohne Arbeitnehmerrechte. Vom Klinikpersonal, das sie als billiges Fußvolk benutzt, werden sie oft schikaniert. Noch dazu ist die Arbeit höchstgefährlich: Zum einen aufgrund der hohen Gewaltkriminalität in den Gemeinden, in denen die Gesundheitsarbeiterinnen zu Fuß unterwegs sind, zum anderen aufgrund der Infektionsgefahr angesichts mangelnder Ausrüstung mit Schutzkleidung wie Handschuhen und Masken. Hinzu kommt, dass die Arbeitszeiten oft entgrenzt und die Frauen mitunter emotional überfordert werden. Die meisten leben in den Gemeinden, in denen sie arbeiten, und leiden unter denselben Problemen wie ihre Patientenfamilien.

Vor fünf Jahren begann medico mithilfe eines BMZ -Zuschusses ein Netzwerk von fünf Partnerorganisationen zu unterstützen, bei denen Gesundheitsarbeiterinnen eine wichtige Rolle in der praktischen Arbeit spielen, die aber in unterschiedlichen Provinzen und mit unter-

schiedlichen Ansätzen tätig sind. Nach einer Phase des gegenseitigen Abtastens und Abgrenzens entstand allmählich eine organisch gewachsene Zusammenarbeit, die die unterschiedlichen Stärken und Kompetenzen der einzelnen Organisationen schätzen lernte: Khanya College hat viel Erfahrung mit Organisationsprozessen von sozialen Bewegungen, section27 kann die Lobbyarbeit mit gesundheitspolitischen Entscheidungsträgern, Sinani weiß, wie man gemeindeorientierte Strukturen und Selbstvertrauen im komplizierten politischen Umfeld von KwaZulu-Natal fördert, People's Health Movement kennt gesundheitspolitische Konzepte zur Integration von Gesundheitsarbeiterinnen und Wellness Foundation verbindet deren psychosoziale Unterstützung mit der Förderung von Selbstorganisationsforen.

Über das Netzwerk der NGOs wurde auch der Austausch der Kolleginnen selbst möglich – zunächst zwischen verschiedenen Regionen, dann auch zwischen benachbarten Provinzen. Eine große Frage war dabei immer – wie legitimiert ist eine Selbstorganisationsstruktur? Wen vertritt sie, in wessen Namen spricht sie? Verschiedene Modelle wurden ausprobiert – in der Provinz Gauteng organisierten sich die Gesundheitsarbeiterinnen als klinikbezogene Komitees, aus dessen Vertreterinnen dann das Gauteng Community Health Worker Forum entstand. Jede Entscheidung brauchte ein Mandat der Klinikkomitees, alle Diskussionen mussten vom Forum an die Komitees zurückkommuniziert werden. In den Provinzen Northern Cape und Eastern Cape bildeten die Frauen regionalbezogene „area committees“, aus denen heraus Distrikt- und dann Provinzvertreter gewählt wurden.

Im Laufe der Jahre wurden die Stimmen der Gesundheitsarbeiterinnen lauter und ihre Forderungen klarer: Anerkennung ihrer Tätigkeit

als Arbeit, einheitliche Arbeitsbedingungen in allen Provinzen und die Beschäftigung als Festangestellte im Gesundheitssystem mit angemessenen Weiterbildungs- und Arbeitsschutzmaßnahmen. In Gauteng gingen sie vors Arbeitsgericht und erreichten, dass sie nicht als Freiwillige, sondern als Angestellte betrachtet werden und dauerhafte Arbeitsverträge haben müssen. Die Umsetzung dieser Gerichtsentscheidung steht allerdings noch aus. In Northern Cape gelang es den CHW, in das Basisgesundheitsprogramm des Ministeriums integriert zu werden und damit mehr Arbeitssicherheit, Anerkennung und Weiterbildung zu erhalten. In anderen Provinzen hingegen wurden sie schon beim kleinsten Versuch, sich zu organisieren, unter Druck gesetzt, manchmal wurden sie auch von politischen Parteien instrumentalisiert.

Nachdem die Gewerkschaften die Frauen über Jahre ignoriert hatten, wurden sie durch deren

wachsende Kämpfe allmählich aufmerksam. Einige reagierten mit Mitgliederwerbung, um Beiträge zu kassieren, andere begannen tatsächlich die Arbeitsbedingungen der Gesundheitsarbeiterinnen in Tarifgesprächen zu thematisieren, allerdings ohne vorige Absprachen mit den Selbstorganisationsstrukturen der Frauen. Immerhin entstand daraus eine erste Vereinbarung mit der Regierung, die Arbeitsbedingungen zu vereinheitlichen und das Entgelt zu erhöhen. Doch ihr Status als prekäre Kräfte mit befristeten Verträgen und die Anerkennung ihrer Arbeit für das Gesundheitswesen änderten sich nicht.

Vor diesem Hintergrund beschlossen die CHW-Organisationen, sich endlich auf einem großen nationalen Gipfel mit Vertreterinnen aus allen Provinzen auszutauschen. Um eine gemeinsame Strategie zu entwickeln und sich weder auseinanderdividieren noch manipulieren zu lassen, wollten sie einen Überblick ge-



Ida Adonis [56].

EIN JAHR VERSTECKT

Idas Leben war schon früh durch die Apartheid geprägt: „Nach meiner Geburt musste meine Mutter ihre Arbeit als Hausangestellte fortsetzen und das Kind ihrer Arbeitgeber stillen. Später holte sie uns heimlich zu sich. Wir mussten uns ein ganzes Jahr lang verstecken.“ Als Idas Mutter schwer krank wurde, kümmerte sich Ida um sie. Da das Geld nicht reichte, brach sie die Schule ab, um selbst als Hausangestellte zu arbeiten. Auf dem Höhepunkt der Aids-Krise begann Ida als Gemeindegesundheitshelferin: „Das war sehr hart, man kommt dem Patienten nahe und dann stirbt er.“ 2013 entschied sie, sich um sich selbst zu kümmern und gründete die Selbstorganisation für Gesundheitsarbeiterinnen in Gauteng mit.

Aus: „Our Lives, our Communities“. Lebensgeschichten von Community Healthcare Workers in Gauteng, Khanya College 2018. Übersetzt und gekürzt von Marie-Lena Barth.

winnen, wie die Situation in den verschiedenen Regionen ist, wie sich die staatlichen Gesundheitsstrukturen verhalten und wie die Gewerkschaften.

Eine gemeinsame Stimme finden

Nach und nach treffen Busse aus allen Landesteilen ein. Im großen Auditorium versammeln sich über 200 Gesundheitsarbeiterinnen. Aufgeregt berichten sie aus jeder einzelnen Provinz – über ihre Arbeitssituation und die Selbstorganisationsstrukturen, welche Auseinandersetzungen und Kämpfe sie führen, welche Erfolge sie erzielt haben und welchen Problemen und Herausforderungen sie gegenüberstehen. Immer wieder stehen einzelne auf, rufen „Amandla“, den legendären Gruß aus der Antipartheidbewegung, recken die Fäuste und singen kämpferische Lieder, in denen sie ihre Forderungen vortragen. Manche tanzen zwischen den Reihen. Begeisterung, Stolz, Kraft, aber auch Wut und Schmerz – Gefühle vieler Art verdichten sich zu unglaublicher Stimmung. Als ob sie alle ausgebildete Rednerinnen wären, ergreifen die Frauen das Mikrofon und sprechen leidenschaftlich über ihre Situation und ihre Forderungen – alte und junge Frauen, denen man das harte Leben ansieht, die Armut, Gewalt und Demütigungen, denen sie ausgesetzt sind. Jahrelang haben sie geschwiegen. Nun fangen sie an, ihre Stimme zu erheben.

Auch Regierungsvertreter aus allen Provinzen und dem nationalen Gesundheitsministerium waren eingeladen, doch nur eine Provinz hat reagiert. Immerhin kamen zwei Verantwortliche für das Basisgesundheitsprogramm des nationalen Gesundheitsministeriums und stellten sich den kritischen Fragen der Frauen. Im Ergebnis gestanden sie deren enorm wichtige Rolle für die staatliche Gesundheitsversorgung

ein und versprochen bessere, einheitliche Bedingungen – verwiesen allerdings zugleich auf die Defizite im Haushalt. Das war der letzte Anstoß für die Gesundheitsarbeiterinnen zu beschließen, dass sie eine nationale Struktur brauchen, in der sie alle repräsentiert sind, um für ihre Forderungen und Rechte zu kämpfen. Als läge eine neue Energie in der Luft: Überall standen und saßen kleine Gruppen und besprachen konzentriert die Lage, was nun zu tun war, wie sie vorgehen wollten, wie sie in Verbindung bleiben können. Noch auf dem Weg zu den Bussen, mit denen sie sich wieder in alle Richtungen zerstreuten, gab es leidenschaftliche Diskussionen, Gespräche und stolze Gesichter. Sie wussten, sie haben Geschichte geschrieben und werden nicht mehr als dieselben zurückfahren.



Usche Merk ist bei medico Koordinatorin für Projekte zu Psychosozialer Arbeit sowie in Sierra Leone und Südafrika. Den Kampf der Gesundheitsarbeiterinnen begleitet sie seit Jahren.

Mehr Geschichten der Community Care Worker unter www.medico.de/care-worker

Fünf Partnerorganisationen, die in einem medico-Projekt über Jahre zusammenarbeiten und die Entstehung einer landesweiten Bewegung unterstützen – das ist auch für medico eine Herausforderung. Denn es geht dabei um nichts weniger als um einen basisdemokratisch legitimierten Organisationsprozess der prekär beschäftigten Gesundheitsarbeiterinnen. Die daraus entstandene Selbstorganisation hat politisches Potential.


Spendenstichwort: Südafrika

Land unter



Simbabwe: Wirbelsturm
Idai hat die chroni-
sche Gesundheitskrise
katastrophisch ver-
schärft

Wirbelsturm Idai hat ganze Landstriche in Simbabwe und Mosambik verwüstet.



Es ist erst wenige Wochen her, dass Ärztinnen und Ärzte in Simbabwe mit massiven Streiks darauf aufmerksam gemacht haben, wie herabgewirtschaftet das einst vorbildliche öffentliche Gesundheitssystem inzwischen ist. Eine Kombination aus schlechter Regierung und von außen auferlegter Strukturanpassungsprogramme haben dazu geführt, dass selbst grundlegende Medikamente nicht zur Verfügung stehen – in normalen Zeiten. Mitte März 2019 schlug dann der Wirbelsturm Idai auch eine Schneise der Verwüstung durch Simbabwe: Die Zahl der Todesopfer ist alarmierend hoch, unzählige sind obdachlos, ganze Landstriche überflutet, die Ernte ist zerstört. Infrastrukturen wie Wasser und Sanitär sind ebenso zusammengebrochen wie die Gesundheitsversorgung. Auf verheerende Weise hat Idai die Missstände offengelegt und katastrophisch verschärft.

„Die öffentlichen Gesundheitseinrichtungen waren ein letzter Puffer zwischen den Menschen und den tödlichen Folgen von Krankheiten“, erklärt Itai Rusike, Geschäftsführer der Community Working Group on Health (CWGH). „Die massive Zerstörung verschärft die Lage für die armen Menschen und macht sie extrem verwundbar.“ Die medico-Partnerorganisation hat schnell Gesundheitsteams mobilisieren können. Doch trotz ihres guten Netzwerkes und der langjährigen Erfahrung, medizinische Grundversorgung auf Gemeindeebene zu organisieren, wird CWGH nicht in die staatliche und internationale Katastrophenhilfe einbezogen. Zivilgesellschaftliche Selbstorganisation wird ignoriert statt unterstützt.

Umso mehr leistet CWGH nicht nur Gesundheitshilfe und versorgt Menschen mit Überlebensnotwendigem: Die Organisation macht auch Druck auf die Behörden. Um etwa eine zusätzliche Malaria-Krise abzuwenden, müssten Moskitonetze verteilt und Wasserwächter organisiert werden. Vor allem aber fordern sie Mitsprache ein: „Simbawwer sind keine bloßen Zahlen von Todesfällen durch Zyklone. Wir sind Menschen, die ein Recht auf Gesundheit haben. Wir fordern die Regierung dazu auf, die Menschen wieder in den Mittelpunkt zu rücken und die Gemeinden in ihre Notfallpläne einzubeziehen“, so Rusike. Und er denkt bereits an morgen: „Es geht jetzt auch darum, die Katastrophenvorsorge und die Basisgesundheitsversorgung insgesamt zu verbessern.“

Für die akute Nothilfe und Advocacyarbeit unserer Partnerorganisation sind wir dringend auf weitere Spenden angewiesen.

Spendenstichwort: Wirbelsturm Idai

Keine Zeit für Pessimis- mus



Alle Fotos: iMedica

Bis zu 70.000 Menschen demonstrierten vor kurzem in So Paulo gegen Bolsonaros geplante Sozialreformen.

In Brasilien hat die Zivilgesellschaft die Lähmung überwunden. Doch Bolsonaro Politik bleibt brandgefährlich

Von Moritz Krawinkel

Im Herzen von São Paulo ist die Utopie eines geeinten Lateinamerikas Stein geworden. Einst hat hier der brasilianische Stararchitekt Oscar Niemeyer die Memorial da América entworfen, eine weitläufige Anlage mit extravaganten weißen Bauten, Ausdruck eines Aufbruchs in gemeinsame, bessere Zeiten. In der nach dem anti-kolonialen Freiheitskämpfer Tiradentes benannten Empfangshalle steht noch immer der Tisch, auf dem, so die Hoffnung Niemeyers, einmal eine lateinamerikanische Gründungserklärung unterzeichnet würde. Diese Utopie hat sich nie erfüllt. Doch Brasiliens neuer Präsident scheint sie regelrecht zertrümmern zu wollen.

Bei seinem Besuch in den USA Mitte März 2019 machte Jair Messias Bolsonaro unmissverständlich deutlich, wer seine Verbündeten sind und wie wenig ihn die Einheit Lateinamerikas schert: Er sicherte den USA die Öffnung der Raumfahrtbasis Alcântara zu, eine militärische Nutzung schloss er nicht aus – ebenso wenig eine Beteiligung an einer etwaigen Militärintervention gegen das Nachbarland Venezuela. Er sagte die Aufhebung der Visapflicht für US-Bürger zu und versprach – entgegen den Verträgen des lateinamerikanischen Binnenmarktes Mercosur – die zollfreie Einfuhr von 750.000 Tonnen Weizen aus den USA. Gegenüber Fox News erklärte Bolsonaro seine Unterstützung für den Bau einer Mauer an der Südgrenze der USA. Die Menschen, so meinte er, kämen nicht, um „dem US-amerikanischen Volk Gutes zu tun“.

Die Maßlosigkeit, mit der der rechtsradikale Präsident den Ausverkauf der nationalen und lateinamerikanischen Souveränität betreibt, ist, ebenso wie die Niedertracht seiner Äußerungen über Frauen, LGBTI, Schwarze und Migrant*innen, selbst im tief gespaltenen Brasilien ohne Vorbild. Dabei haben Brasiliens Aussagen System, sagt die Journalistin Rosane Borges. Es gehe seiner Regierung um die „Wiederherstellung der rassistischen Hierarchie“ zugunsten der Weißen, die das Land seit der Kolonisierung dominierten. Erst unter der Regierung Lula seit 2003 erhielten Schwarze und Indigene durch die Einführung von Quoten an den Universitäten, durch Sozialprogramme wie „Bolsa Família“ und das Wohnungsbauprogramm „Minha Casa, Minha Vida“ Zugang zu Räumen, die der weißen Mittel- und Oberschicht vorbehalten waren. Diese Kränkung hat die brasilianischen Rechte nicht verwunden.

Seit Beginn der Straßenproteste der durch die Krise verunsicherten Mittelschicht arbeitet sie an der Wiederherstellung weißer Privilegien. Dazu gehört, den armen Teil der Bevölkerung wieder auf die hinteren Plätze zu verweisen. Genau darauf zielen Reformen wie die geplante Anhebung des Renteneintrittsalters bei gleichzeitiger Senkung der Renten. Am härtesten betroffen werden diejenigen sein, die in der informellen Ökonomie arbeiten, Kleinigkeiten auf der Straße verkaufen oder auf dem Land ohnehin nie in eine Rentenkasse eingezahlt haben.

Übergeordnetes Ziel ist die Entlassung der Unternehmen und des Staates aus der Verantwortung und eine Stärkung der privaten Rentenkassen. Einmal mehr wird das neoliberale Lied der Individualisierung statt solidarischem Ausgleich angestimmt.

Für medico-Partner Antonio Martins vom alternativen Nachrichten- und Debattenportal Ostras Palavras ist es allerdings nicht ausgemacht, dass das Parlament all das verabschieden wird. Bereits jetzt würden die Zustimmungswerte für Bolsonaro sinken. „Am Anfang hatten wir große Angst, dass mit ihm eine tatsächliche faschistische Bewegung einhergeht. Das scheint sich zumindest bislang nicht zu bestätigen“, sagt Antonio. Bolsonaros Politik sei geradezu grotesk, zu einer kohärenten Politik wäre er unfähig – auch weil die Präsidentschaft auf einem fragilen Kompromiss zwischen verschiedenen Fraktionen beruhe. Die Evangelikalen und die US-nahe neoliberale Wirtschaftselite, die Großgrundbesitzer und die Militärs sowie Bolsonaros Fraktion treibe nur der Wunsch nach Zerstörung der sozialen Erregenschaften der Regierungen Lula und Dilma, die Privatisierung von Staatsunternehmen wie Petrobras und die Erledigung verfassungsmäßiger Rechte. Ein gemeinsames Regierungsprojekt hätten sie jedoch nicht. „Bolsonaros Diskurs hat sich noch nicht in Praxis übersetzt“, sagt auch Cássia Bechara vom Sekretariat für Internationale Beziehungen der Landlosenbewegung MST, die medico seit vielen Jahren unterstützt.

Angriff auf Opposition

Mag der Präsident mitunter wie eine Karikatur wirken: Für ihre Gegner ist die Regierung eine echte Gefahr. So geht der Mord an der linken, lesbischen, schwarzen Politikerin Marielle Franco vor einem Jahr in Rio de Janeiro auf das

Konto von Milizen, die Teile der Polizei und des organisierten Verbrechens umfassen – und die der Familie Bolsonaro nahestehen. Und selbst wenn Bolsonaro eines Tages für die Interessen der Eliten nicht mehr nützlich sein sollte, muss es danach nicht besser werden: Ein Drittel der Ministerposten wird von Militärs gestellt. Ihr Ziel ist ein starker Staat, dessen Feinde sie im Inneren suchen. Die Denunzierung des MST und der Wohnungslosenbewegung MTST aus den Reihen der Regierung als „terroristische Organisationen“ ist eine ernstzunehmende Drohung.

Vorarbeiten laufen seit Jahren. Schon seit der Fußball-WM der Männer 2014 könne man eine Militarisierung der Polizei beobachten, sagt Gabriella vom Movimento Passe Livre, das sich für einen kostenlosen Nahverkehr einsetzt. Immer neue Fahrzeuge, Waffen und auch Drohnen kämen bei Demonstrationen zum Einsatz. Als sie Mitte Januar im Zentrum von São Paulo gegen die Erhöhung der Fahrpreise im Nahverkehr protestierten, seien sie vollkommen unvermittelt von der Polizei mit Tränengas und Gummigeschossen angegriffen worden, berichtet Gabriella. „Die Polizei will Demonstrierende traumatisieren.“ Ähnliches erzählt Cássia: Am Jahrestag des Mordes an Marielle Franco Mitte März hatten Frauen des MST in São Paulo aus Protest Gleise des Bergbaukonzerns Vale besetzt. Bei der Räumung durch Polizei gab es mehrere Verletzte.

Die Repression auf der Straße sei aber nur eine Methode gegen die sozialen Bewegungen, meint Cássia. Auf der juristischen Ebene würden Voraussetzungen geschaffen, um die bekanntesten Gesichter der Bewegungen zu kriminalisieren. Außerdem werde erneut ein Anlauf unternommen, das kollektive Eigentum legalisierter Besetzungen des MST in Privateigentum zu verwandeln und die Menschen dadurch zu verdrängen. Damit wäre der größten sozialen Bewegung des Landes die Grundlage



entzogen, besteht ihr Ziel doch in einer Landreform, die gegenseitige Hilfe der Menschen und eine kollektive Bewirtschaftung der Erde möglich macht.

Solidarische Gegenwelten

Wie das aussehen kann, zeigt die MST-Besetzung „Marielle Vive“, hundert Kilometer nordwestlich von São Paulo. Vor einem Jahr besetzten hier 1.200 Familien eine brachliegende Farm, deren Flächen als Spekulationsobjekt gehandelt wurden. Jetzt steht hier eine weitläufige Siedlung aus Holzverschlägen. Was von der Straße aussieht wie eine Favela, entpuppt sich als organisierte Siedlung, die den Menschen ein selbstbestimmtes Leben und Auskommen ermöglicht; Menschen wie Cida, die von ihrem Mann vergewaltigt wurde, floh und auf der Straße lebte, bevor sie nach São Paulo kam und den MST kennenlernte. Neben allen Hütten wachsen in kleinen Gärten Kräuter, Mais und andere Nutzpflanzen. Eine gemeinsame Landwirtschaft bereiten sie zurzeit vor, berichtet Luiz. Familien, die nichts haben, werden in der Gemeinschaftsküche mit gespendeten Lebensmitteln aus anderen MST-Siedlungen mitversorgt. Ausgebaut werden soll auch die Kinderbetreuung. Cicera, die Pädagogin, zieht



Die medico-Partner MST und MTST streiten für das Recht auf Land und Wohnraum. Oben: MST-Besetzung „Marielle Vive“. Unten: An den MTST übergebene Wohnungen.

uns aus dem Raum mit der lärmenden Kindergruppe und öffnet eine kleine Kammer voller Spiele, Plüschtiere und Bälle, alles Spenden. „Die Bälle bekommen die Kinder an Ostern“, sagt sie. Luiz führt uns weiter durch die Siedlung, vorbei an unzähligen nummerierten Hütten. In 33 Untereinheiten haben sich die Familien aufgeteilt, jede Gruppe stellt eine Person für die Koordinationsgruppe des Camps und rotiert durch die vielen notwendigen Aufgaben der Gemeinschaft – von der Torwache über Küche und Sicherheit bis zu Sauberkeit und der Kleiderkammer. Die Siedlung wie auch viele

andere MST-Camps im ganzen Land bilden eine solidarische Gegenwelt, in der eine echte Alternative jenseits von Kapitalismus und Konkurrenz geschaffen wird.

Einen ihrer vielleicht letzten großen Erfolge feierte vor kurzem die in den urbanen Zentren aktive „Bewegung der Arbeitenden ohne Dach“, MTST, mit der medico seit letztem Jahr kooperiert. Welche Bedeutung der Besitz einer Wohnung für die Menschen hat, wird bei der feierlichen Übergabe der Schlüssel von 910 Wohnungen am Stadtrand von São Paulo deutlich. Hunderte Menschen haben sich vor einer Bühne versammelt, Schirme schützen gegen die Sonne, rote Fahnen des MTST wehen und ein langes Banner an einem der neuen Hochhäuser verkündet, dass nur gewinnen kann, wer kämpft.

Vor sieben Jahren hatten MTST-Aktivistinnen und -Aktivisten zusammen mit Menschen aus der Peripherie das Gelände besetzt. Sie erreichten, dass die Stadt das Land vom insolventen Eigentümer kaufte und das staatliche Wohnungsbauprogramm „Minha Casa, Minha Vida“ den Neubau finanzierte. Weil die Wohnanlage so groß ist, können auch Familien aus anderen MTST-Besetzungen einziehen, die Hälfte wird von der Stadt selbst vergeben. An der Planung waren die begünstigten Familien von Anfang an beteiligt, was den Bau und die Ausstattung der Wohnungen deutlich verbessert habe, erklärt Guilherme Boulos, Repräsentant des MTST, der 2018 für die linke PSOL als Präsidentschaftskandidat angetreten war. Bei der Schaffung von Wohnraum geht es auch darum, so Koordinatorin Érika Fontanas, Orte für Debatten, Weiterbildung und Aufklärungsarbeit zu schaffen, zum Beispiel über die geplanten Sozialkürzungen.

Der Ansatz scheint zu funktionieren: Bei einer Demonstration von annähernd 70.000 Menschen auf der zentralen Avenida Paulista ge-

gen die Kürzungspläne ist der MTST stark vertreten. „Hier ist das Volk ohne Angst, ohne Angst zu kämpfen“ rufen die Menschen. Die Demonstration, getragen von Gewerkschaften und den großen Bündnissen der sozialen Bewegungen, galt als erster Gradmesser des Widerstandspotentials gegen die neue Regierung – und als Signal zur Überwindung der lähmenden Beklemmung, die das progressive Brasilien seit Bolsonaros Wahl gezeichnet hat. Breite Bündnisse, große Proteste – das ist die eine Strategie. Daneben setzen MST und MTST auf eine Verstärkung der Basisarbeit, im Falle des MTST in den eigenen Wohnblöcken ebenso wie in anderen Vierteln. Es gehe darum, mit politischer Bildung, Kollektivküchen und Gesundheitsprojekten die bestehende Basis zu halten und neue Leute heranzuführen, erklärt Érika Fontanas. Den Befreiungstheologen Frei Betto zitierend sagt sie: „Sparen wir uns den Pessimismus für bessere Tage auf.“



Moritz Krawinkel ist Lateinamerika-referent bei medico international. Dieser Artikel ist auf seiner jüngsten Brasilienreise entstanden, auf der er die medico-Partnerorganisationen besucht und andere Stimmen eingefangen hat.

Die medico-Partner in Brasilien streiten für das Recht auf Land und Gesundheit, auf Wohnraum und ermöglichen unabhängige Informationen. Unter Bolsonaro ist nicht nur ihre Arbeit bedroht, auch die Aktivistinnen und Aktivisten selbst geraten in den Fokus. Umso mehr sind sie auf Solidarität angewiesen.

Spendenstichwort: Brasilien

Ein sanfter Putsch

Guatemala. Die UN-Kommission gegen die Straflosigkeit hat große Erfolge erzielt. Jetzt ist sie des Landes verwiesen worden

Von Knut Henkel

Das schwarze Rolltor ist geschlossen, Polizisten sind weit und breit nicht zu sehen. Der Sitz der UN-Kommission gegen die Straflosigkeit in Guatemala (CICIG) wirkt verwaist. Doch hinter der hohen Mauer, die die Villa in der 10. Avenida der 14. Zone von Guatemala Stadt umfasst, wird noch gearbeitet. „Das Verfassungsgericht hat entschieden, dass die Regierung die CICIG weder rausschmeißen noch deren Arbeit unterlaufen darf, doch die Regierung versucht genau das“, kritisiert Michael Mörth. Der deutsche Menschenrechtsanwalt lebt seit Mitte der 1990er Jahre in Guatemala, berät eine Menschenrechtskanzlei und beobachtet die seit Sommer 2016 laufende Kampagne zur Schwächung der UN-Kommission.

2006 hatte die damalige guatemalteckische Regierung bei den Vereinten Nationen Hilfe im Kampf gegen die organisierte Kriminalität und Korruption erbeten. Es war die Geburtsstunde der CICIG. Nach 13 Jahren Arbeit sind die UN-Ermittler den Wurzeln der Korruption auf allen Ebenen sehr nahegekommen. Anfang September 2015 musste der damalige Präsident Otto Pérez Molina wegen erdrückender Korruptionsbeweise seinen Rücktritt einreichen und sitzt seitdem im Gefängnis. Ähnliches droht seinem Nachfolger Jimmy Morales, den Staatsanwaltschaft und CICIG wegen illegaler Parteienfinanzierung vor Gericht stellen wol-

len. Auch gegen seinen Bruder Sammy Morales und gegen seinen Sohn José Manuel Morales hatte die CICIG bereits im Sommer 2016 ein Verfahren wegen Steuerhinterziehung und Geldwäsche eingeleitet. Mit Ermittlungen gegen ranghohe Politiker hat die CICIG ein Signal an die korrupten Eliten in Guatemala und der Region gesendet. Die Kommission gilt international als Modell, wie ein Rechtsstaat gestärkt und das Vertrauen in die Justiz wiederhergestellt werden kann.

Opfer des eigenen Erfolgs?

Doch seit einigen Jahren wird diese Arbeit massiv behindert und torpediert. Als Ende August 2018 Guatemalas Präsident Jimmy Morales – umringt von Militärs – das Mandat der CICIG nicht verlängerte, waren Militärjeeps rund um den Sitz der CICIG aufgefahren. „Ein klarer Akt der Einschüchterung“, so Claudia Samayoa, Direktorin der Menschenrechtsorganisation Udefegua. „Seit die CICIG gegen den Präsidenten persönlich und seine Familienangehörigen ermittelt, ist das Tischtuch zerschnitten. Der Pakt der Korrupten ist in Guatemala, aber auch in den USA aktiv.“ Als Pakt der Korrupten wird in der guatemalteckischen Gesellschaft, aber auch der Presse das Bündnis zwischen korrupten Politikern, erzkonservativen



Eine von vielen Demonstrationen gegen Präsident Jimmy Morales.

Militärs und windigen Unternehmern genannt. Sie alle haben Ermittlungen der CICIG zu befürchten und keinerlei Interesse an einer Stärkung des Justizsystems.

Internationale Schlagzeilen machte dann am 7. Januar 2019 der Auftritt der guatemaltekischen Außenministerin Sandra Jovel bei den Vereinten Nationen. Jovel forderte bei einem Treffen mit UN-Generalsekretär António Guterres, das Abkommen zwischen ihrer Regierung und den UN über die CICIG binnen 24 Stunden aufzukündigen. Ein klarer Verstoß gegen das Abkommen, welches erst am 3. September 2019 ausläuft, so Michael Mörth. Das hatte auch UN-Generalsekretär Guterres betont und die Forderung der guatemaltekischen Regierung zurückgewiesen. Parallel dazu war aber das Sicherheitsprotokoll der CICIG aktiviert worden. Alle internationalen Mitarbeiter der etwa

170-köpfigen Kommission, Kriminalistinnen, Ermittler und Juristinnen, waren ins Ausland geflogen, Daten und Dokumente zu den laufenden Verfahren in Sicherheit gebracht worden. Der Grund dafür liegt auf der Hand: Die klar definierten Vereinbarungen für die Sicherheit der UN-Kommission waren von der guatemaltekischen Regierung nicht eingehalten worden. Und die Polizei war abgezogen worden.

Bruch der Rechtsstaatlichkeit

Geleitet wird die Kommission seit 2013 von dem kolumbianischen Ex-Richter Iván Velásquez, der auch in seinem Heimatland als unerschrockener Ermittler gilt. Seit Anfang September 2018 muss Velásquez seine Arbeit außerhalb Guatemalas machen. Die Regierung Morales hat die Behörden angewiesen, seine Einreise

zu blockieren und erklärte ihn zur unerwünschten Person. Auch das ist eine Verletzung der Verträge mit den UN und obendrein ein Affront gegen ein gegenteiliges Urteil des guatemaltekischen Verfassungsgerichts.

Dieses hat immer wieder darauf gepocht, dass die Regierung das Recht einhalten muss und nicht nach Belieben gegen die UN-Kommission agieren kann. Doch die dortigen Richter werden derzeit unter enorm hohem Druck gesetzt. Das Parlament hat versucht, ihre Immunität aufzuheben. Im Parlament kursieren Gesetzesvorlagen für die Abschaffung des Verfassungsgerichts, für eine Generalamnestie der Militärs sowie eine, die Ermittlungen gegen Abgeordnete unmöglich machen würde. Verwunderlich ist das nicht: Gegen mindestens 37 der 158 Abgeordneten laufen Ermittlungsverfahren, viele weitere gelten als korrupt. Mit Druck und prall gefüllten Umschlägen wird innerhalb und außerhalb des Kongresses Politik gemacht.

Genau hiergegen hat die UN-Kommission ermittelt. Der Angriff auf die erfolgreiche Kommission war von langer Hand vorbereitet. Das hat das investigative Online-Medium „Nómada“ anhand von Dokumenten und Kontoauszügen nachweisen können. Doch nicht nur in Guatemala wurden Kampagnen in den sozialen Netzwerken und anderswo lanciert, sondern auch in den USA. Dort hat sich das Image der CICIG, die unter Barack Obama sowohl finanziell als auch politisch unterstützt wurde, gewandelt. US-Außenminister Michael Pompeo gilt sie als „reformbedürftig“. Das hat seinen Grund, so Udefegua-Direktorin Samayoa. „Jimmy Morales ist vor seiner politischen Karriere als evangelikaler Laienprediger aktiv gewesen und steht den evangelikalen Kirchen in den USA sehr nahe.“ Die verfügen über gute Kanäle ins Weiße Haus, wo die Stärkung ziviler Strukturen unter Präsident Donald Trump ohnehin nicht hoch im Kurs steht.

Das hat Folgen. Jimmy Morales kann in Guatemala agieren wie er will, obwohl es einen „Bruch des Rechtsstaats gibt“, wie der CICIG-Vorsitzende Iván Velásquez jüngst in einem BBC-Interview warnte. Für Michael Mörth hat die Regierung einen sanften Putsch vollzogen. Der kann allerdings noch zu einem blutigen werden. Mörth und die Kollegen seiner Kanzlei sind sich sicher, dass die CICIG alsbald neue Beweise für die Korruption im Regierungs- und Parteienapparat vorlegen und so neue Prozesse initiieren wird. Ein paar Monate vor den für Juni 2019 angesetzten Präsidentschaftswahlen könnte das, so Mörth, die Bombe zum Platzen bringen.



Knut Henkel ist freier Journalist in Hamburg und bereist mehrmals im Jahr Lateinamerika. Für medico hat er über das historische Urteil im Prozess Sepur Zarco berichtet.

Drei Jahre nach dem Urteil: Ein Interview mit einer der Sepur Zarco-Klägerinnen findet sich unter www.medico.de/guatemala-interview

Mit den emanzipatorischen Kämpfen in Guatemala verbindet medico eine lange Geschichte. So unterstützt medico seit vielen Jahren die psychosoziale Arbeit von ECAP und das Büro der Menschenrechtsanwälte „Bufete de Derechos Humanos“ im Kampf gegen die Straflosigkeit. Hierbei sind große Erfolge erzielt worden. Doch der Weg zu Gerechtigkeit und Demokratie ist lang und aktuell akut gefährdet.

Spendenstichwort: Guatemala

medico aktiv

Wege aus der Gewalt

Tagung: Konflikte im „Brennpunkt Sahel“ und die Rolle Europas

Aufgrund von bewaffneten Konflikten, Migration und nicht zuletzt Rohstoffreichtum stehen die Länder der Sahelzone im Fokus internationaler Aufmerksamkeit. Das zivilgesellschaftliche Netzwerk Fokus Sahel, dem auch medico angehört, arbeitet gemeinsam zu friedens- und entwicklungspolitischen Themen im Sahel. Ziel ist es, Wissen zu teilen, vernetzt zu handeln und bei Bedarf Partnerorganisationen im Sahel zu stärken. Auf der ersten Tagung von Fokus Sahel diskutierten Ende März zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure, viele davon aus dem Sahel, in der Evangelischen Akademie Frankfurt über Wege aus der Gewalt. Weitgehende Einigkeit herrschte darüber, dass die ausländischen Streitkräfte in der Region andere Vorstellungen von Sicherheit haben als die Lokalbevölkerung. „Wer kein Wasser hat, ist nicht in Sicherheit“, betonte etwa Youssouf Coulibaly aus Bamako. Für 2020 ist eine Tagung über die Jugend im Sahel geplant.



Foto: medico

Angeregte Diskussion bei Fokus Sahel.



Wandbild in Caracas.

Eskalation beenden

Venezuela: medico unterzeichnet internationale Deklaration

Noch im Mai 2018 hielt der venezolanische Linksintellektuelle Edgardo Lander im Interview mit medico über die Krise in seinem Land „eine externe Intervention nicht für eine reelle Möglichkeit“. Seither hat sich die Lage dramatisch zugespitzt: Die Wirtschaft ist zusammengebrochen, die Armut hat Millionen von Menschen aus dem Land getrieben. Die politische Eskalation hat das Land in die Nähe eines Bürgerkrieges und nun doch einer militärischen Intervention gebracht. Angesichts dessen hat Lander federführend eine internationale Deklaration verfasst, die von sozialen Bewegungen, Solidaritätsgruppen und auch von medico unterzeichnet wurde. Explizit wendet sie sich sowohl gegen den Autoritarismus der Regierung Maduros als auch gegen die Selbsternennung Guaidós zum Interimspräsidenten – und sie warnt vor dem US-amerikanischen Interventionismus: „Venezuela darf nicht zu einem internationalen Schlachtfeld werden. Wir fordern die Förderung von Dialogszenarien und die Suche nach Lösungen, in denen das venezolanische Volk demokratisch und von unten über sein nächstes Schicksal entscheiden kann.“

Die Deklaration ist unter www.medico.de/venezuela zu finden.

Sicherheit für wen?

Globale Gesundheit: medico-Foren bei „Armut & Gesundheit“

Wer wünscht sich nicht ein Leben in Gesundheit und Sicherheit? Doch Obacht, wenn Seuchen ins Spiel kommen. Die Ebola-Epidemie in Westafrika hat, wie in den Jahrzehnten zuvor Aids und SARS, das Thema „Health Security“ in den Fokus von sicherheitspolitischen Interessen katapultiert. Was Health Security meint und wen es einschließt – das stand im Mittelpunkt der diesjährigen medico-Foren auf dem Kongress Armut & Gesundheit in Berlin. Gemeinsam mit der Stiftung Wissenschaft & Politik und dem Robert-Koch-Institut wurde darüber diskutiert, wie schnell das Menschenrecht auf eine bestmögliche Gesundheitsversorgung außer Kraft gesetzt wird, um partikulare Sicherheitsinteressen durchzusetzen. Deutlich wurde, dass im Jahr Fünf seit dem Ausbruch von Ebola – auch von Seiten der Bundesregierung – an einer effektiven Abschottung im Seuchenfall gearbeitet wird, der Aufbau eines Gesundheitssystems in den betreffenden Ländern aber nur stockend vorankommt. Dabei, hierüber waren sich auf dem Podium alle einig, ist ein funktionierendes Gesundheitssystem die beste Seuchenprävention und Voraussetzung für einen Zugang zu Gesundheit für alle. Vor diesem Hintergrund erneuerte Thomas Gebauer im zweiten Teil der Debatte die Forderung nach einer globalen Bürgerversicherung, die soziale Absicherung schafft statt Ausschluss zu produzieren. „Es geht“, so Gebauer, „um nicht weniger als um die Schaffung gerechter weltgesellschaftlicher Verhältnisse.“

Mehr Infos unter www.medico.de/gesundheit



1



2



3



4



5



6



7

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

Sie finden hier eine Auswahl der Materialien, die medico mit viel Sorgfalt erstellt und zu Informations- und Bildungszwecken kostenfrei (mit einigen gekennzeichneten Ausnahmen) zur Verfügung stellt. Sie helfen medico und den Projektpartnern sehr, wenn Sie zur Weiterverbreitung dieser Materialien beitragen! Machen Sie Freunde, Bekannte, Arbeitskollegen auf das rundschreiben-Abonnement, die medico-Broschüren und Kampagnenflyer aufmerksam!

Die vollständige Liste unserer Materialien steht im Internet bereit: Unter medico.de/material finden Sie die hier abgebildeten und alle weiteren Publikationen zum Bestellen oder Herunterladen. **Für Nachfragen stehen wir Ihnen gerne unter Tel. [069] 944 38-0 zur Verfügung.**

Materialliste

1 Plakat „Die drohende Katastrophe verhindern“

Kein Angriff auf die kurdische Autonomie in Nordsyrien. medico-Aufruf mit prominenter Unterstützung.

2 Plakat WHY?*

DIN A1-Plakat gegen das Sterbenlassen im Mittelmeer. Für das Recht zu bleiben. Für das Recht zu gehen.

3 Warum Menschen fliehen

[32 S.] Mit dieser Broschüre möchten wir Material liefern für informierte, reflektierte und engagierte Beiträge zur gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit Flucht und Migration, die hierzulande zunehmend von Angst und Ausgrenzung bestimmt ist. Herausgegeben von medico international und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.

4 stiftung medico international

[28 S.] Übersicht über Ziele, Satzung, Struktur und steuerliche Aspekte der stiftung medico international.

5 Wissenswertes zu Testament und Erbschaft

[28 S.] Wenn Sie medico testamentarisch berücksichtigen möchten, bietet die Broschüre Informationen zu rechtlichen und steuerlichen Fragen.

6 Häuser der Hoffnung

Info-Flyer. Nachdem 500.000 Menschen im Zuge der Vertreibung durch das türkische Militär im Südosten des Landes ihr Zuhause verloren haben, unterstützt eine medico-Kampagne den kurdischen Wiederaufbau. Der Flyer informiert über die Fördermöglichkeiten.

7 Europa ist Exportweltmeister

12-seitige Kurzbroschüre zur neuen Grenzschutz- und Migrationspolitik der EU. Herausgegeben von medico international, Brot für die Welt und Pro Asyl.

Ohne Abb.: Hilfe im Handgemenge

[Infolyer] Partnerschaft braucht Solidarität: medico international kurz vorgestellt – mit Projektbeispielen aus Israel/ Palästina, Guatemala, Simbabwe, Somalia, Südasien und Zentralamerika. Auch zum Weiterverteilen.

Ohne Abb.: Globale Gesundheit

16-seitige Kurzbroschüre. Das Recht auf den Zugang zu bestmöglicher Gesundheit wird weltweit jeden Tag millionenfach verletzt. Der Infolyer stellt die Arbeit von medico-Partnerorganisationen und medicos Engagement in globalen Netzwerken vor. Natürlich kostenlos.

* Die Plakate können kostenlos bei uns bestellt werden. Damit sie unversehrt bei Ihnen ankommen, verschicken wir sie in einer Plakatrolle. Weil dadurch die Versandkosten sehr hoch sind (12,00 €), würden wir uns über eine Spende an medico international sehr freuen.

Ich bestelle:

- _____ DIN A2 Plakat: Drohende Katastrophe
 _____ DIN A1 Plakat: WHY?
 _____ Broschüre: Warum Menschen fliehen
 _____ Broschüre: stiftung medico international
 _____ Broschüre zu Testament und Erbschaft
 _____ Infolyer: Häuser der Hoffnung
 _____ Kurzbroschüre: Europa ist Exportweltmeister
 _____ Infolyer: Hilfe im Handgemenge
 _____ Kurzbroschüre: Globale Gesundheit

Anzahl

_____ Name

_____ Straße

_____ Ort

_____ Meine Spendennummer

Ich möchte:

- kostenlose Materialien bestellen
 dass einmalig eine
 Spende in Höhe von _____ € von
 meinem Bankkonto abgebucht wird.

_____ IBAN

_____ BANK

_____ BIC

_____ Datum

_____ Unterschrift

Bitte einsenden an:

medico international

Lindleystr. 15

D-60314 Frankfurt am Main

oder faxen an [069] 43 60 02

Spenden und Stiften

Die Hilfe in krisenhaften Zeiten braucht Ihr Hinsehen, Ihr Verstehen und Ihre Zuwendung. Für die Förderung von Projekten und unserer kritischen Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit sind wir auch auf Ihr finanzielles Engagement angewiesen. 50 Jahre medico sind nicht ohne die kritischen und aufmerksamen Wegbegleiter zu denken. Rettung lauert überall – auch in unseren Fördermitgliedern und Unterstützern.

Spenden ohne Stichwort sind für medico besonders wichtig, da wir und unsere Partner hierdurch unabhängig arbeiten können und flexibel auf akute bzw. von den Medien wenig beachtete Not- und Krisensituationen reagieren können. Sie können Ihre Spende auch mit einem bestimmten Stichwort versehen, dann wird Ihre Spende ausschließlich in der entsprechenden Region bzw. themenbezogen eingesetzt.

Fördermitgliedschaft: Eine Fördermitgliedschaft ermöglicht mit regelmäßigen Beiträgen langfristige und verbindliche Projektkooperationen. Sie hilft, Partner in Regionen zu unterstützen, die nicht im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit liegen, und in Krisensituationen auch dann zu helfen, wenn hier Anteilnahme und Spendenbereitschaft schwinden. Der jährliche Förderbeitrag liegt bei 120 Euro, für Menschen mit wenig Geld bei 60 Euro. Gerne kann der Beitrag individuell höher gesetzt werden. Sie können eine Fördermitgliedschaft auch verschenken!

Spenden und Schenken: Verschenken Sie eine Spende an medico: Ob Geburtstag, Hochzeit, Jubiläum oder Firmenfeier – jeder Anlass eignet sich. Sie können sich auch eine Spende wünschen. medico stellt Ihnen eine Geschenkkarte und Infomaterial zur Verfügung.

Zustiftungen: Die stiftung medico international fördert aus den Erträgen ihres Vermögens die Arbeit des Vereins medico international. Von der Zustiftung bis zum Darlehen: es gibt verschiedene Formen zum Stiftungsvermögen beizutragen und Geld solidarisch einzusetzen.

Online-Spenden: Unter medico.de/spenden können Sie unkompliziert online spenden oder eine Fördermitgliedschaft abschließen.

Spendenkonto medico international
BIC HELADEF1822
IBAN DE21 5005 0201 0000 0018 00



Das Deutsche Zentralinstitut für Soziale Fragen (DZI) bescheinigt medico international einen sorgfältigen und verantwortungsvollen Umgang mit Spendengeldern.

Spendenquittungen: medico international ist als gemeinnütziger Verein anerkannt, daher ist ihre Spende steuerlich absetzbar. Für Spenden ab 50 Euro schicken wir automatische eine Spendenbescheinigung, spenden Sie regelmäßig oder mehrmals im Jahr, senden wir Ihnen zu Beginn des Folgejahres eine Jahresspendenbescheinigung zu.

Raus aus der Filter- blase

Nachrichten,
Meinungen und
Analysen aus
dem globa-
len Hand-
gemen-
ge

Haben Sie Fragen? Wir
helfen gerne weiter

Allgemeine Anfragen zu Spenden, Förder- mitgliedschaft und Geschenkspenden

Marek Arlt und Frank van Ooyen
Tel.: [069] 944 38-0, Email: info@medico.de



Zustiftungen, Testa- mentsspenden und Unternehmensspenden

Gudrun Kortas
Tel.: [069] 94438-28,
Email: kortas@medico.de



Spendenaktionen und Kommunikation

Anita Starosta
Tel.: [069] 94438-44,
Email: starosta@medico.de

Umzug oder Bankänderung? Bitte teilen Sie
uns Ihre neue Adresse oder Bankverbindung,
unter Nennung der alten Anschrift, mit. So
bleiben wir in Kontakt!

**Vielen Dank für die solidarische Unterstüt-
zung unserer Arbeit!**

Im **Blog** mischen sich medico-Kolleginnen und
-Kollegen in aktuelle Debatten ein und entwi-
ckeln Perspektiven im Dialog mit unseren Part-
nern in Asien, Afrika und Lateinamerika. Mit
Beiträgen von Thomas Gebauer, Anne Jung,
Ramona Lenz, Katja Maurer, Riad Othman,
Thomas Seibert u.v.m.

Der **Newsletter** informiert Sie regelmäßig über
unsere neuesten Veröffentlichungen, über Hin-
tergründe, Kampagnen und Aktuelles aus dem
medico-Kosmos.

In den **sozialen Netzwerken** unterstützen wir
Ihren täglichen Blick über den Tellerrand. Ver-
binden Sie sich mit medico auf Facebook,
Twitter oder Instagram

Alle Optionen unter
medico.de/verbinden



BLEIBERECHT STATT ILLEGALITÄT PETITION ZUM 70. JAHRESTAG DES GRUNDGESETZES

Am 23. Mai 1949 wurde das Grundgesetz verabschiedet. medico international und das Grundrecht-Komitee nehmen den 70. Jahrestag zum Anlass, eine Geste der Großzügigkeit und des politischen Willens einzufordern, die es so in der Geschichte der Bundesrepublik noch nicht gab: Mit einer Petition fordern wir ein Bleiberecht für alle Geduldeten und Illegalisierten in Deutschland.

UNTERSTÜTZEN SIE UNSERE KAMPAGNE MIT IHRER UNTERSCHRIFT:
www.petition-bleiberecht.de

Komitee für Grundrechte
und Demokratie e.V.



medico international